

UNSER PROGRAMM

...mit einer klaren Orientierung!

VIELE GUTE GRÜNDE ECOLO ZU WÄHLEN!



ECOLO-Ostbelgien PDG-Wahlen 2009 Programm

Inhaltsverzeichnis

I - Einleitung

1. Nachhaltigkeit
2. Solidarität
3. BürgerInnenbeteiligung
4. Öffnung

II - Besser leben im Alltag!

1. Perspektiven eröffnen und Menschen Gehör verschaffen
2. "Um ein Kind zu erziehen, bedarf es eines ganzen Dorfes".
3. Gesundheit fördern, erhalten, wiederherstellen
4. Ein erfülltes Leben für Seniorinnen und Senioren
5. Recht auf eine angemessene Wohnung
6. Behindertenpolitik, ein transversales Thema
7. Für eine verstärkte, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit

III - Ökologie, eine Chance für die Ökonomie!

1. Beschäftigung, damit jeder seinen Platz in der Gesellschaft finden kann
2. Wirtschaftsförderung durch nachhaltige Regionalentwicklung
3. Der Tourismus als Faktor der Nachhaltigkeit

IV - Chancengleichheit in Unterricht und Ausbildung!

1. Chancengleichheit beginnt in der Grundschule.
2. Rahmenbedingungen für eine wirkliche Chancengleichheit
3. Das Leben in der Schule positiv gestalten!
4. Mittelständische Ausbildung: eine Chance für alle!

V - Die Gesellschaft mitgestalten, die Freizeit sinnvoll nutzen!

1. Demokratie braucht gesellschaftspolitische Bildung
2. Offenheit, Mitbestimmung und Kontinuität in der Jugendpolitik
3. Qualität, Unabhängigkeit und Vielfalt der Medien
4. Sport für alle, Sport für eine bessere Gesundheit
5. Sensibilisierung für den Denkmalschutz
6. Zugang zur Kultur für alle

VI - Die Autonomie entwickeln: demokratisch, offen, abgesichert!

1. Durch BürgerInnenbeteiligung die Demokratie stärken
2. Finanzen: gesünder und strukturell gesichert
3. Den Platz der DG im Föderalen Belgien festigen
4. Raumordnung nachhaltig gestalten

I

Einleitung

Je komplexer die politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen werden und je schneller die Systeme sich verändern, umso wichtiger ist es, die entsprechenden Lenkungs- und Entscheidungsprozesse an diese Situation anzupassen.

Auch politische Gestaltung steht vor großen Herausforderungen. Wo bisher klassisches eindimensionales Denken in Themen oder Fachbereichen etabliert war, ist heute mehr und mehr transversales und vernetztes Denken erforderlich.

Themen wie Nachhaltigkeit, Energiepolitik, Klimaschutz, Friedenspolitik, globale Gerechtigkeit, Familienpolitik, Jugendschutz, Gesundheitsförderung und vieles mehr können nicht wirkungsvoll bearbeitet werden, wenn sie ausschließlich innerhalb des begrenzten Rahmens einer einzelnen Politik- oder Verwaltungszuständigkeit angesiedelt sind.

Wirksamer **Klimaschutz** setzt abgestimmte Maßnahmen in den Politikbereichen Umwelt, Wirtschaft, Finanzen, Unterricht, Mobilität, Raumplanung, Entwicklungszusammenarbeit und anderen Bereichen voraus.

Familienpolitik sollte das Feld der Sozialpolitik überschreiten und in Bereichen wie der Wirtschafts-, Steuer-, Schul-, Wohnungsbau- oder Tourismuspolitik durch gezielte Abstimmungen Unterstützung erfahren. **Wirtschaftliche Entwicklung** ist mittel- und langfristig ohne Berücksichtigung von Ökologie und gerechter Ressourcenverteilung undenkbar. Hier muss der transversale Gedanke der **Nachhaltigkeit** berücksichtigt werden.

ECOLO setzt sich ganz entschieden für vernetztes Denken ein.

Die wichtigsten transversalen Themen für die Politik der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind Nachhaltigkeit, Solidarität, BürgerInnenbeteiligung und Öffnung.

I – 1.

Die Nachhaltigkeit

Für ECOLO ist die Nachhaltigkeit mit Abstand das wichtigste aller transversalen Themen. Wir haben diesen Begriff in das Alltagsvokabular der politischen Arbeit in der DG eingeführt und in hartnäckiger Aufklärungsarbeit mit Inhalten gefüllt. Trotz Banalisierungsversuchen seitens einiger konservativer Politdinosaurier kann heute jeder politisch aktive Mensch in der DG den Begriff Nachhaltigkeit einordnen.

Bei der Nachhaltigkeit geht es darum, das Wirken der Menschen auf unserem Planeten so zu gestalten, dass nicht mehr Ressourcen verbraucht werden, als die Erde hergeben bzw. regenerieren kann. Dieses Ziel zu erreichen, setzt umfassende Veränderungen unseres Verhaltens voraus, weil wir derzeit in Europa weit über unsere Verhältnisse leben und schon die Ressourcen von mindestens zwei weiteren Generationen mit verbrauchen. Von den USA ganz zu schweigen.

Umfassende Veränderungen menschlichen Verhaltens sind nur denkbar, wenn die Politik es schafft, entsprechende Weichenstellungen vorzunehmen. Selbstverständlich geht das nur über transversal abgestimmte und vernetzte Maßnahmen in allen Fachbereichen.

Nachhaltige Politikgestaltung muss die Anliegen Schutz der Ökologie, Förderung der Ökonomie und soziale Gerechtigkeit dauerhaft in Einklang bringen. Das kann nur gelingen, wenn die Menschen durch Partizipation, also durch aktive Beteiligung und Mitgestaltung für diese Veränderungen gewonnen werden können.

Die Klima- und Energiefrage muss in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Gegenstand des politischen Handelns werden. Für ECOLO muss die 2000-Watt-Gesellschaft hier das Leitmodell sein. Auf Gemeinschaftsebene muss ein Prozess „Energiezukunft DG“ eingeleitet werden mit dem Ziel, einen Umdenkprozess zu begleiten und ehrgeizige praktikable zukunftsorientierte Aktivitäten zu fördern. Bei Infrastrukturvorhaben muss die DG mit gutem Beispiel voran gehen und ressourcenschonendes Bauen zur Auflage machen. Bezuschusste Neubauten müssen Passivhausstandard, alle anderen bezuschussten Infrastrukturmaßnahmen eine hohe Energieeffizienz erreichen. Die konsequente Nutzung erneuerbarer Energien muss Voraussetzung für eine Zuschussung sein.

ECOLO fordert, dass alle politischen Entscheidungen in der DG den Prüfstand der Nachhaltigkeit durchlaufen.

I – 2.

Solidarität und Gleichberechtigung

Die Chancen der Menschen auf diesem Planeten sind sehr unterschiedlich verteilt. Wer in Bangladesch zur Welt kommt, hat wesentlich schlechtere Lebensperspektiven als ein Europäer oder Amerikaner. Wer in eine durch Arbeitslosigkeit, Armut oder Krankheit benachteiligte Familiensituation hineingeboren wird, hat eine vergleichsweise schlechte Ausgangsposition.

Diese Chancenungleichheit gilt nicht nur auf der persönlichen Ebene, sondern auch auf der Ebene der Länder und Kontinente. Länder mit 100mal geringerem Lebensstandard können aus eigener Kraft niemals den Weg aus der Misere schaffen.

Je größer das soziale Gefälle, umso größer sind auch die Konfliktpotenziale. Frieden in Freiheit ist ohne soziale Gerechtigkeit und ohne gerechte Verteilung von Ressourcen und Wohlstand nicht möglich. Dieser Grundsatz gilt von der Privat- bis zur Weltebene.

Gerechte Verteilung setzt Solidarität und Gleichberechtigung als ethisch-moralische und kulturelle Werte voraus.

Solidarität und Gleichberechtigung ist nicht ohne die Verwirklichung von Geschlechtergerechtigkeit, nicht ohne eine gezielte Stärkung der Teilhabemacht von Frauen in allen politikrelevanten Planungs-, Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen erreichbar. Strukturelle Ungleichheiten müssen beseitigt werden, auch in Bezug auf die Geschlechterdemokratie.

Für ECOLO gehören Solidarität und Gleichberechtigung zu den Fundamenten politischer Überzeugung. Quer durch alle Politikbereiche muss bei politischen Weichenstellungen der Grundsatz der Solidarität und der Gleichberechtigung berücksichtigt und die Genderperspektive integriert werden.

I – 3.

Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung

Die Parteiverdrossenheit der BürgerInnen ist offensichtlich. Der Satz: „Die da oben tun ja doch, was sie wollen“ drückt überdeutlich das Ohnmachtsgefühl derer aus, die in einer Demokratie eigentlich die Politik mitbestimmen sollten.

Die nötigen Weichenstellungen, die vor dem Hintergrund des Klimaschutzes, der demografischen Entwicklung und der Ressourcenknappheit erforderlich sind, können nur gelingen, wenn sie von den BürgerInnen mit getragen werden. Die riesige Kluft zwischen Politik und BürgerInnen muss also überwunden werden, damit es zu einem solidarischen Miteinander kommen kann.

ECOLO setzt sich seit je her für transparente klare Politik und BürgerInnenbeteiligung ein. Gerade die DG bietet, wegen ihrer geringen Größe, die Möglichkeit verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung zu erproben und auszubauen.

Insbesondere will ECOLO das Instrument des Bürgerhaushalts (Beteiligungshaushalts) in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einführen. Der Infrastrukturplan und die Investitionsausgaben sollen in enger Konzertierung mit der Bevölkerung festgelegt werden. ECOLO fordert ebenfalls die Einführung des Bürgerentscheids auf den verschiedenen Ebenen (Föderalstaat, Regionen, Gemeinschaften, Provinzen und Gemeinden), so auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

I – 4. Öffnung

Die Deutschsprachige Gemeinschaft ist nicht am Reißbrett der Vernunft, sondern aus den Wirren der jüngeren Geschichte entstanden. Ein Kleingliedstaat mit 72.000 Menschen auf 854 Quadratkilometer ist wahrlich keine Standardsituation.

In den vergangenen 30 Jahren hat der belgische Staat im Zuge seiner Föderalisierung seiner kleinsten gliedstaatlichen Körperschaft eine beachtliche Autonomie zugestanden. Und mit der anstehenden konsequenten Weiterführung der Staatsreform werden der Deutschsprachigen Gemeinschaft zusätzliche Aufgaben und Verantwortungen übertragen werden. Hier gilt es, dafür Sorge zu tragen, dass die DG weiterhin auf dem gleichen Niveau wie die anderen Regionen und Gemeinschaften, ihren Platz finden kann.

Was die Eigenforderungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft nach weiteren Zuständigkeiten betrifft, so strebt ECOLO solche neuen Zuständigkeiten nur in dem Maße an, wie diese die jetzigen ergänzen oder abrunden. Neben der Frage nach weiteren Zuständigkeiten scheint uns die Aufgabe der optimalen Gestaltung der bisherigen Zuständigkeiten nach den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung als die wesentliche Herausforderung.

Neben der Autonomiedebatte stellt sich die Frage, wie die konsequente Öffnung der DG in alle Richtungen, zu unseren Nachbarn und darüber hinaus gestaltet werden kann. So gilt es in den Augen von ECOLO zunächst, unsere Qualitäten, unsere Alleinstellungsmerkmale zu entwickeln und zu unterstreichen - so zum Beispiel als Vorzeigeregion für Energieeffizienz oder Bürgerbeteiligung - so, dass die DG in diesen Partnerschaften auch einen qualitativen Beitrag einbringen kann.

Wenn die DG nicht nur als Kuriosum, sondern als interessanter Partner auftreten will, wenn wir unseren jungen Menschen den Zugang zu einer multikulturellen und europäischen Identität erleichtern wollen und wenn wir für unsere Bürgerinnen und Bürger gute Dienstleistungen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen anbieten wollen, dann ist die konsequente Öffnung ein Leitthema quer durch alle Politikbereiche. Wir sind auf die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarregionen im In- und Ausland angewiesen. Diese konsequente Öffnung bedeutet, dass wir nicht nur auf andere zugehen, sondern auch andere empfangen. Es muss also in der Deutschsprachigen Gemeinschaft eine Politik der Gleichbehandlung, der Integration und der Partizipation für alle (Alte, Junge, Ausländer, Einheimische, Behinderte, Nichtbehinderte, Männer, Frauen, ...) gestaltet werden. ECOLO wünscht sich eine Willkommensgemeinschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger Werte der Offenheit, der Toleranz, des Respekts, der gewaltfreien Konfliktlösung, der Solidarität, der Gleichbehandlung und Chancengleichheit leben können und effektiv leben.

II

Besser leben im Alltag!

EINLEITUNG

In den folgenden Kapiteln werden die Ideen und Projekte zur Sozialpolitik vorgestellt, die ECOLO während der kommenden Legislatur verwirklichen möchte.

Die LeserInnen werden dabei immer wieder auf die folgenden Prinzipien stoßen, nach denen ECOLO seit jeher Sozialpolitik gestaltet hat: SOLIDARITÄT, GLEICHBERECHTIGUNG und RESPEKT.

Solidarität und Gleichberechtigung zwischen Generationen, zwischen Geschlechtern, zwischen Gesunden und Kranken, zwischen Reichen und Armen, zwischen vom Schicksal Verwöhnten und Benachteiligten, zwischen Einheimischen und Zugezogenen, zwischen Nord und Süd.

Respekt vor der Kultur des anderen, vor den Fähigkeiten des anderen, vor der Menschenwürde des anderen, vor der Autonomie des anderen, vor dessen „Anders sein“.

Alle Maßnahmen der von ECOLO vertretenen Sozialpolitik zielen darauf ab, die Autonomie der betroffenen Zielgruppen zu stärken und sie zu unterstützen, ihr Leben möglichst weitgehend selbst in die Hand zu nehmen. Das findet man sowohl wieder in den Projekten zur Sozialberichterstattung, als auch in der Familienpolitik oder Entwicklungszusammenarbeit.

Natürlich sollte dieses Kapitel nicht nur für sich gelesen werden. Immer wieder gibt es Querverbindungen zu anderen Themen, die entweder in anderen Kapiteln dieses Programms oder aber in den Programmen von ECOLO zu anderen Entscheidungsebenen (Föderal-, Regional- oder EU-Politik) zu finden sind.

II – 1.

Perspektiven eröffnen und den Menschen Gehör verschaffen

ECOLO-Sozialpolitik hat grundsätzlich zum Ziel, ein gerechteres Zusammenleben aller Gesellschaftsgruppen und Menschen zu ermöglichen. Hierzu bedarf es der Erweiterung von Handlungsspielräumen, der Eröffnung neuer Perspektiven und einer Sicherung der allgemeinen Zugänglichkeit zum Sozialsystem. ECOLO wehrt sich gegen die aktuelle Tendenz der Privatisierung, deren Opfer die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft sind. Dieser Entwicklung muss solidarisches Handeln entgegengesetzt werden, wobei auch Engagement und Ehrenamt anzuerkennen sind. ECOLO setzt seine Bemühungen schwerpunktmäßig dort an, wo Personen oder Gruppen benachteiligt sind, wo Menschen von Chancenarmut oder Existenzunsicherheit betroffen sind.

Das Zielpublikum der Sozialpolitik und die Akteure auf diesem Feld müssen bei der Ausarbeitung der verschiedenen Maßnahmen, bei ihrer Umsetzung und bei ihrer Bewertung aktiv beteiligt werden.

Schwerpunkte und Vorschläge

Die ständige Sozialberichterstattung ausbauen

ECOLO setzt sich dafür ein, dass auf Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft die notwendigen finanziellen und personellen Mittel freigesetzt werden, damit das Instrument der ständigen Sozialberichterstattung weiter ausgebaut wird und somit ein ständiger Dialog zwischen den betroffenen Personen, den verschiedenen auf dem Terrain tätigen Akteuren und den politischen Entscheidungsträgern ausgebaut werden kann.

- *Sicherung der Sozialberichterstattung in der DG, indem sie dekretal festgeschrieben, strukturell angesiedelt und mit einem klaren Auftrag und dem dafür notwendigen Budget versehen wird;*
- *Eine Beurteilung der Auswirkungen von Entscheidungen oder Maßnahmen auf die soziale Lage der Bevölkerung und insbesondere der am meisten benachteiligten Personen muss systematisch erfolgen.*
- *Erstellen eines mehrjährigen Aktionsplans unter Einbeziehung der öffentlichen und privaten Akteure im Bereich Armutsbekämpfung.*

Für eine lebendige multikulturelle Gesellschaft eintreten

ECOLO plädiert ebenfalls seit jeher für eine solidarische Gemeinschaft, die besonders auf benachteiligte Menschen und Gruppen achtet und Regelwerke vorsieht, die möglichst viel Chancengleichheit garantieren. ECOLO will eine offene Gesellschaft, in der Menschen anderer Nationen und insbesondere auch Menschen, die aufgrund der materiellen oder politischen Situation aus ihrer Heimat flüchten mussten, aufgenommen werden und ihren Platz finden können. ECOLO will die Ängste der hiesigen Bevölkerung – oftmals der Benachteiligten - ernst nehmen, die befürchten, dass Ausländer/innen Vorrechte genießen und die Hiesigen dadurch noch mehr benachteiligt sind. Rivalität zwischen den Benachteiligten ist

kontraproduktiv. ECOLO ist aber auch überzeugt, dass man auf diese Ängste nicht mit Ausschluss der ausländischen MitbürgerInnen reagieren darf. Eine multikulturelle Gesellschaft kann nur gelingen, wenn auf allen Seiten Offenheit für den anderen, für dessen Situation, dessen Geschichte und dessen Kultur bestehen. Der beste Weg ist gegenseitiges Kennenlernen und Austausch auf der kleinen, oftmals persönlichen Ebene. Nur so können Fehlinformationen und Ängste abgebaut und gegenseitiger Respekt aufgebaut werden.

- *Gezielte Förderung von Initiativen, die zum **Miteinander** von zugezogenen und einheimischen MitbürgerInnen beitragen.*
- *Foren, in denen die Ängste und Sorgen der einen und der anderen angehört und untersucht und Lösungen erarbeitet werden.*

Bewertungsinstrumente erstellen

Die Bewertung der Arbeit im sozialen Bereich nach quantitativen wie vor allem auch qualitativen Kriterien ist notwendiger denn je. Durch eine regelmäßige, konstruktiv ausgerichtete Auswertung der ergriffenen Maßnahmen kann überprüft werden, inwiefern die festgelegten Ziele erreicht werden oder aber die Maßnahmen ergänzt, abgeändert bzw. ersetzt werden müssten. Dabei sind die Zielsetzungen und die Bewertungskriterien gemeinsam mit den Akteuren, den Betroffenen und den politischen Entscheidungsträgern zu erstellen.

- *Die begonnenen Wege der Qualitätssicherung in den sozialen Einrichtungen in der DG fortführen. Dabei die prozessorientierten internen Entwicklungen unterstützen.*

Konzertierung und Koordinierung der Sozialpolitiken

Die Konzertierung und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen politischen Entscheidungsträgern ist unbedingt erforderlich, damit Maßnahmen, die von diesen Entscheidungsträgern beschlossen oder unterstützt werden, sich nicht neutralisieren, sondern im Gegenteil ineinander übergreifen und sich gegenseitig verstärken. Die Gemeinschaft muss hier nach innen hin verstärkt eine Koordinationsaufgabe wahrnehmen und nach außen hin Impulsgeber sein.

- *Orte für transversale Überlegungen (z. Bsp. zwischen sozialen Einrichtungen und Schulwesen, zwischen Sport und Sozialwesen,...) müssen eingefordert und eingerichtet werden.*

II – 2.

"Um ein Kind zu erziehen bedarf es eines ganzen Dorfes"

Die moderne Kleinfamilie ist zwar noch immer die meist gelebte Form des Zusammenlebens, sie ist jedoch nur eine unter zahlreichen anderen Lebensformen. Es ist nämlich seit dem Ende der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts zu einer Pluralisierung der Lebens- und Beziehungsformen gekommen. Gerade weil Familie sich entwickelt ist es unerlässlich den Blickwinkel der Familien in ihren unterschiedlichen Formen und besonders der Kinder bei der Gestaltung von Politikbereichen wie Beschäftigungs-, Sozial-, Wohnungsbau-, Raumordnungs- oder auch Unterrichtspolitik zu berücksichtigen.

Familien- und Erziehungsarbeit muss grundsätzlich aufgewertet werden. Familien müssen die Möglichkeit haben ihr individuelles Familienprojekt zu leben, in welcher Form auch immer. Das heißt auch, dass Elternteilen, die für die Kindererziehung eine Auszeit aus ihrer Berufstätigkeit nehmen möchten, entsprechende Möglichkeiten eingeräumt und gleichzeitig die Existenz der Familien während dieser Zeit gesichert werden muss.

Dazu ist eine Reform der Familienpolitik dringend notwendig und zwar auf allen Ebenen. Die Balance zwischen Familienzeit und Berufszeit wird vornehmlich auf föderaler Ebene geregelt, da hier Aspekte des Arbeitsrechtes sowie des sozialen Sicherheitssystems mitspielen.

Die Aufgabe der Gemeinschaft ist es, ergänzend den Familien die notwendigen Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, die sie bei der Erfüllung ihres Erziehungsauftrags unterstützen können und Maßnahmen zu ergreifen, die dazu beitragen, dass die Belange der Familien und vor allen Dingen der Kinder auf allen Ebenen thematisiert und berücksichtigt werden.

Die Hauptdevise ist: PRÄVENTION. In diesem Sinne ist Erziehung eine der Hauptaufgaben unserer Gesellschaft. Gezielt in die Kinder und Jugendlichen und in ihre Familien investieren, ist die beste Investition in die Zukunft! Ziel ist die Vermittlung von Werten: Toleranz, Respekt, gewaltfreie Konfliktlösung, Solidarität, Mitbestimmung, Bürgersinn.

Schwerpunkte und Vorschläge

Stärkung der Familienkompetenzen

Die Vielfalt der Medien, die im Bereich der Erziehungsberatung veröffentlicht werden, ist ein Zeichen für das große Interesse vieler Eltern an dieser Thematik, kann jedoch auch als Beleg für eine gewisse Unsicherheit der Eltern in Bezug auf die Erziehung ihrer Kinder gelten.

Die DG muss daher verstärkt in die Stärkung der Kompetenzen der Familien investieren.

- *Einrichtung von zusätzlichen, leicht zugänglichen Informations- und Schulungsangeboten, die den Eltern Kenntnisse vermitteln und vor allen Dingen deren Vertrauen in die eigenen Kompetenzen stärken.*
- *Systematische Erfassung, Koordination und Information aller Weiterbildungsangebote für Familien.*

Eine Stimme für die Familien

Niemand weiß besser als die Familien selbst, wo es Probleme gibt. Neben der Stärkung und Unterstützung des neu gegründeten Familienrates möchte ECOLO Familien aktiver in die Gestaltung ihres lokalen Umfeldes mit einbeziehen und schlägt die Ausdehnung des Konzeptes der kommunalen Beratungsausschüsse für Kinderbetreuung vor.

Diese erweiterten „Familienausschüsse“ sollten weiterhin bei der Gemeinde angesiedelt und von einer Fachkraft des Dienstes für Kind und Familie begleitet werden. Die Präsenz von Gemeindeverantwortlichen und vom DKF ermöglicht die oben geforderte transversale Vorgehensweise.

Themen wie Freizeitangebote für Jugendliche und Kinder, Verkehrssicherheit, Öffnungszeiten von Ämtern,... können hier angesprochen werden. Es gilt, gemeinsam kreative Lösungen auf kommunaler Ebene zu erarbeiten.

- *Von den Kommunalen Kinderbetreuungsausschüssen hin zu Kommunalen Familienausschüssen*

Vereinbarung von Familienarbeit und beruflicher Arbeit ermöglichen

Trotz der Fortschritte der letzten Jahre im Bereich der Kinderbetreuung, muss der Ausbau der **Kinderbetreuungsmöglichkeiten** fortgesetzt werden, vor allen Dingen im ländlichen Raum. Auch hier steht das Wohlbefinden des Kindes an zentraler Stelle. Rahmenbedingungen, Qualitätskriterien, Öffnungszeiten müssen den Bedürfnissen des Kindes und denen der Eltern Rechnung tragen. Weiterhin muss die Zugänglichkeit zu Betreuungsplätzen für Familien mit niedrigem Einkommen gewährleistet sein.

- *Ausbau der Kinderbetreuungsplätze fördern und flexible Betreuungszeiten vorsehen*
- *Zugänglichkeit zu diesen Plätzen für alle Einkommensstufen garantieren.*
- *Den sozial-pädagogischen Auftrag der Kinderbetreuung hervorheben*
- *Das Sozialstatut der Tagesmütter ausbauen*
- *Das Eintrittsalter für den Kindergarten auf 2.5 Jahre senken.*

Familie als transversales Thema

ECOLO plädiert für eine **engere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Instanzen**, die einen direkten Einfluss auf Familien haben, sprich vorrangig zwischen Dienst für Kind und Familie, der im Bereich der Begleitung und Prävention aktiv ist, Schule, Betreuungseinrichtungen, Jugendhilfe, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung und Familienorganisationen.

Kommunikation über jeweilige Erfahrungen und Erkenntnisse, das gemeinsame Überprüfen von Entwicklungen und Tendenzen sowie Abstimmungen und

koordinierte Vorgehensweisen ermöglichen, dass frühzeitig auf Entwicklungen reagiert wird. Das erlaubt eine effiziente Prävention. Wir schlagen daher die Erarbeitung einer strukturellen und effizienten Form der Zusammenarbeit dieser verschiedenen Bereiche vor.

- *Enge und systematische Zusammenarbeit aller Instanzen, die mit und für Familien arbeiten. Die Präventionsstelle, die laut Jugendhilfedekret im Ministerium angesiedelt wird, soll vorrangig mit dieser Koordinationsarbeit betraut werden.*

Entlastung der pflegenden Angehörigen

70% der erforderlichen Hilfsmaßnahmen für pflegebedürftige Menschen werden von Angehörigen und in der Regel von Frauen geleistet. Oftmals sind diese selbst bereits Senioren. Der Druck auf diese Angehörigen ist groß, manchmal zu groß.

- *Ausbau der Dienstleistungen für pflegebedürftige Menschen*
- *stundenweise und zeitweise Entlastung der Angehörigen,*
- *Beratung und Weiterbildung für pflegende Angehörige*
- *Dienstleistungen für die pflegenden Angehörigen selbst (z. Bsp. Putzhilfen) anbieten*

Kinder im Zentrum

Nur eine kindgerechte Welt ist auch eine familiengerechte Welt. Allzu oft werden jedoch die Interessen der Kinder nicht wahrgenommen, zum Teil aus Unkenntnis, zum Teil, weil wirtschaftlichen oder finanziellen Interessen mehr Wert beigemessen wird. Die Folgekosten für die Gesellschaft können jedoch bedeutend höher liegen, als der kurzfristige Gewinn, der sich aus manchen Entscheidungen ergibt.

- *Die Bezeichnung eines/r Kinderrechtsbeauftragten. Diese(r) hat die Aufgabe, über die Rechte der Kinder zu informieren, Projekte, die Partizipation von Kindern fördern, zu unterstützen und Gesetzestexte auf ihre Auswirkung für Kinder zu untersuchen. Diesem(r) Kinderrechtsbeauftragten würde auch die Aufgabe obliegen, Beschwerden in Bezug auf die Verletzung der Kinderrechte entgegen zu nehmen.*

II – 3.

Unsere Gesundheit: sie fördern, erhalten und wiederherstellen

Das wichtigste Instrument, das die Gesundheitsfürsorge für alle Personen garantiert, ist das Instrument der Sozialen Sicherheit. ECOLO tritt auf jeden Fall dafür ein, dass das System der Sozialen Sicherheit weiterhin ein föderal organisiertes, verpflichtendes und auf Solidarität aufgebautes System bleibt. Auch ist ECOLO der Überzeugung, dass weitere Maßnahmen notwendig sind, um zu vermeiden, dass immer mehr Menschen aufgrund ihrer Eigenbeteiligung bei den Gesundheitsausgaben an den sozialen Rand gedrängt werden. Die DG ist im Gesundheitsbereich hauptsächlich für die Gesundheitsförderung zuständig, sowie für mehrere Aspekte der Krankenhauspolitik, die sie sich mit dem Föderalstaat teilt.

Schwerpunkte und Vorschläge

Die Gesundheitsförderung

Unter Gesundheitsförderung verstehen wir das Streben nach einem Gleichgewicht, das gesundheitliche, soziale und umweltbedingte Einflüsse berücksichtigt. Es ist Aufgabe der DG, ihren Bürgerinnen und Bürgern die Kenntnisse und Voraussetzungen an die Hand zu geben, die es ihnen ermöglichen, nach gesundheitsfördernden Gesichtspunkten zu handeln.

Das Dekret zur Gesundheitsförderung vom 01/06/2004 bietet dafür eine gute Basis.

- *Die bisher geleistete Arbeit muss ausgewertet und entsprechende Mittel für die Umsetzung des Konzeptes zur Gesundheitsförderung freigemacht werden.*
- *In der DG sollten vorrangig Programme zur gesunden Ernährung, zur Reduzierung des Tabakkonsums, zur Persönlichkeitsstärkung und zur Förderung der mentalen Gesundheit erarbeitet und durchgeführt werden.*
- *Die Inhalte des Konzeptes zur Gesundheitsförderung müssen verstärkt öffentlich thematisiert werden.*

Umwelt & Gesundheit

Die zunehmende Belastung aller Lebensbereiche durch chemische Produkte hinterlässt immer mehr ihre Spuren. Immer häufiger klagen Menschen über gesundheitliche Beschwerden, die in direktem oder indirektem Zusammenhang mit ihrem Wohn- oder Arbeitsmilieu stehen. Die Klagen von Betroffenen werden allzu oft nicht ernst genommen und als Hirngespinnste abgetan. Oftmals handelt es sich um typische Symptome für Wohnkrankheiten wie Migräne, chronische Infektionen der Atemwege oder hartnäckige Hautausschläge, die trotz medizinischer Behandlung immer wieder auftreten.

In Anbetracht dieser Problematik genügt Information alleine nicht, es gilt konkrete Beratung zu leisten und Abhilfe zu schaffen. Diese Aufgabe soll eine sogenannte Umweltambulanz übernehmen.

Außerdem muss über die Frage der Umweltambulanz hinaus eine intensive Zusammenarbeit mit den arbeitsmedizinischen Diensten aufgebaut werden, denn

auch am Arbeitsplatz sind die ArbeitnehmerInnen allzu oft Belastungen durch Wohngifte ausgesetzt.

- *Seit ein paar Jahren besteht ein solcher Dienst bei der Provinz Lüttich. In den kommenden Jahren soll dieser Dienst bei der hiesigen Bevölkerung mehr bekannt gemacht werden*
- *Systematische Information der Hausärzte, damit diese verstärkt auf die Umweltambulanz verweisen und zurückgreifen.*
- *Systematische Erfassung der Raumluftqualität in den Orten, wo Kinder sich regelmäßig aufhalten und Ergreifung von gegebenenfalls notwendigen Sanierungsmaßnahmen. Beim Bau oder bei der Renovierung von Gebäuden, in denen sich Kinder regelmäßig aufhalten, entsprechende Kriterien anwenden. Diese Kriterien in das Infrastrukturdekret der DG als Bezuschussungskriterien einfügen.*
- *In Zusammenarbeit mit den verschiedenen zuständigen politischen Instanzen und den bestehenden Gesundheits- und Sicherheitsräten sowie durch Sensibilisierung der Sozialpartner, die für einen gesunden Arbeitsplatz notwendigen Weichen stellen.*

Die Krankenhäuser

Aufgrund der großen Entfernungen innerhalb der DG ist die Aufrechterhaltung von zwei kleinen Krankenhäusern gerechtfertigt.

Die Herausforderungen der Zukunft, und insbesondere die Gewährleistung einer Grundversorgung in ländlichen Gebieten, erfordern Kreativität, Kooperation und Vernetzung der verschiedenen medizinischen und paramedizinischen Akteure bei der Gestaltung dieser medizinischen Versorgung.

Die Absicherung einer Grundversorgung kann nur durch das Herstellen stärkerer Synergien zwischen stationärem und ambulantem Bereich, einer Lösung des Fachärztemangels und einer Lösung für den sich anbahnenden Mangel an Hausärzten im ländlichen Raum erreicht werden.

Auch sind eine Spezialisierung (z.B. Psychiatrie, geriatrische Dienste, Reha-Maßnahmen) und eine effiziente Zusammenarbeit bzw. die Zusammenlegung von Verwaltungs-, Verantwortungs- und Entscheidungsfunktionen für die Absicherung der beiden Krankenhäuser notwendig.

Mehr Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich

Beim Föderalstaat muss eine korrekte Finanzierung der Integrierten Heimpflegedienste gefordert werden, um so eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen häuslicher Versorgung, Heimpflege, Hausärzten, Kinesiotherapeuten, Alten- und Pflegeheimen und Krankenhäusern zu erreichen. Diese Struktur soll dem Patienten zugute kommen: ein reibungsloser Übergang bei Entlassung aus dem Krankenhaus sowie eine Verbesserung der Notdienste der Gesundheitsberufe wären darüber erreichbar. In dieser integrierten Struktur könnten auch gemeinsam Weiterbildungsmaßnahmen organisiert oder Vorbeuge- und Gesundheitserziehungsmaßnahmen geplant und durchgeführt werden.

- *die Einrichtung von „integrierten Heimpflegediensten“ in der DG unterstützen*
- *Aufbau und Entwicklung alternativer Strukturen (z. Bsp. Ärztehaus) für eine ganzheitliche Gesundheitspflege fördern, begleiten und unterstützen.*

II – 4.

Ein erfülltes Leben für Seniorinnen und Senioren: Partizipation, Selbstbestimmung, angepasste Hilfen.

Das Ende der beruflichen Laufbahn und damit der Einstieg ins Pensionsalter ist für viele ein einschneidender Moment. Für manche ist es die Zeit, in der sie Vorhaben verwirklichen können, wie beispielsweise Reisen, soziales oder/und kulturelles Engagement. Für einige ist diese Zeit auch mit Einschränkungen verbunden, sei es aus finanziellen oder körperlichen Gründen.

ECOLO will selbstbestimmtes und aktives Altwerden für jeden fördern. Es gilt, das Potential der Seniorinnen und Senioren zu nutzen. Mentoringprojekte, ehrenamtliche Tätigkeiten, Partizipation, sind Elemente, die verstärkt zu fördern sind.

Schwerpunkte und Vorschläge

Seniorinnen und Senioren als Akteure

Seniorinnen und Senioren stellen einen immer größeren Teil unserer Bevölkerung. Es ist wichtig, ihre Stimme zu hören, ihre Bedürfnisse zu kennen, ihr Wissen und ihre Erfahrungen zu nutzen. Die Förderung von Partizipation ist daher ein wichtiges Element. Dem Beirat für Familien- und Generationenfragen obliegt hier eine wichtige Aufgabe.

- *Einrichtung eines unabhängigen Seniorenbüros, das den Beirat für Familien und Generationenfragen bei seiner Arbeit unterstützt und als Beobachtungs- und Informationszentrale für alle die SeniorInnen betreffenden Fragen in der DG gilt.*

Beratungsstelle für die häusliche, transmurale und stationäre Hilfe

Immer wieder wurde die ungenügende Information über die verschiedenen Möglichkeiten der häuslichen Versorgung bemängelt. Auch über finanzielle Beihilfen wurde nicht systematisch informiert. Hier ist Abhilfe geschaffen worden. Die "Beratungsstelle für die häusliche, transmurale und stationäre Hilfe" bietet jetzt die Möglichkeit einer globalen, neutralen Information für die ältere Person bzw. ihre Angehörigen. Die vorgesehene Bedarfsermittlung und der Hilfeplan erlauben, den Dringlichkeitsgrad zur Aufnahme eines Seniors in ein Alten- und Pflegewohnheim objektiver festzulegen. Leider sind weder das Altenheim Regina bzw. das Pflegeheim St. Joseph aus Moresnet-Kapelle noch das Alten- und Pflegeheim St. Joseph in Membach, wo viele Menschen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft untergebracht sind, in dieses System integriert.

- *Gezielte Begleitung und Beratung von Senioren und ihrer Angehörigen: hier muss dafür Sorge getragen werden, dass die Beratungsstelle für die häusliche, transmurale und stationäre Hilfe über genügend Personal verfügt, damit sie ihre Aufgaben wahrnehmen kann.*

- *Eine effiziente Beratung, die Ermittlung des Bedarfs einer hilfsbedürftigen Person und das Erstellen eines individuellen Hilfeplans dürfen nicht auf Kosten der Autonomie der Nutznießer und ihrer Verwandten gehen. Hier ist darauf zu achten, dass die Personen nicht entmündigt bzw. in ihrer Beurteilungsfähigkeit willkürlich eingeschränkt werden.*
- *Gewährleisten, dass die Senioren aus der DG weiterhin und in gleichem Umfang die Alten- und Pflegeheime außerhalb der DG nutzen können.*

Ausbau der Dienstleistung

Ausbau der Dienstleistung für ältere Menschen, die aus körperlichen Gründen in ihrer Eigenbestimmung eingeschränkt sind. Diese Dienstleistungen müssen für jeden finanziell zugänglich sein.

- *Fördern von neuen Angeboten bzw. Ausbau des bestehenden Angebotes: Kurzzeitpflege in Alten- und Pflegeheimen zur Entlastung der Familien, Mittagstisch, Tagespflege, kleine Reparaturen, ...*
- *Einführen einer einheitlichen, sozial verträglichen Berechnungsgrundlage für die Eigenbeteiligung bei Dienstleistungen.*

Alternative Wohnformen

ECOLO möchte die Schaffung alternativer Wohnformen unterstützen.

Die DG muss weiterhin in die Schaffung von „Betreuten Wohnungen“ investieren; mittelfristig müssen Betreute Wohnungen im Norden und im Süden gebaut werden.

Die Investitionen der DG in Betreute Wohnungen müssen dazu genutzt werden, die Unkosten für die Nutznießer zu verringern und somit eine erhöhte Zugänglichkeit garantieren.

Daneben soll die DG Menschen, die sich für eine alternative Wohnform interessieren oder entscheiden (Wohngemeinschaften, Wohnen gegen Pflege, ...) eine kompetente Beratung zur Verfügung stellen; die sie beim Aufbau des Projektes unterstützt.

- *Systematische Information und Sensibilisierung der Bevölkerung über alternative Wohnprojekte für Seniorinnen und Senioren.*
- *Fachliche Beratung und Begleitung für die Menschen und Einrichtungen, die ein solches Projekt planen.*
- *Förderung von „Betreuten Wohnungen“ quer durch die DG*

II – 5. Recht auf eine angemessene Wohnung

Die Ausgaben im Wohnungsbereich sind sehr oft auslösender Faktor von Armut bzw. Existenzunsicherheit. Auch hat sich die Wohnungsproblematik zu einem Phänomen entwickelt, das breite Bevölkerungskreise treffen kann (Sozialhilfeempfänger, Personen mit geringem Arbeitseinkommen, Haushalte mit nur einem Einkommen, ältere Personen, kinderreiche Familien, Allein-erziehende, behinderte Personen...). Obwohl die Wohnungspolitik eine regionale Angelegenheit ist und sowohl die Region als auch der Föderalstaat (steuerliche Maßnahmen, Mietpreisregelungen...) zunächst gefordert sind, muss auch die Deutschsprachige Gemeinschaft weiterhin in diesem Bereich aktiv bleiben, damit das Recht auf eine angemessene Wohnung für alle, auch für Menschen mit geringerem Einkommen, Realität wird.

Schwerpunkte und Vorschläge

Lokale Verankerung der Wohnungspolitik

Im Rahmen der lokalen Verankerung der Wohnungspolitik würde dank einer entsprechenden Verknüpfung der diesbezüglichen Zweijahrespläne der einzelnen Gemeinden mit dem Infrastrukturplan der Gemeinschaft, für die Gemeinschaft die Möglichkeit bestehen, in den Bereichen Betreutes Wohnen, Notaufnahmewohnungen, Integrationswohnungen (Bereiche für die sie zuständig ist), als zusätzlicher Zuschussgeber aufzutreten und somit die wohnungspolitischen Handlungsspielräume der Gemeinden zu erweitern. Die Gemeinschaft kann als Koordinator für einen gemeindeübergreifenden Planungsansatz auftreten, der eine kohärente gebietsbezogene Wohnungspolitik ermöglicht.

Ländliche Entwicklung und angemessener Wohnraum

Die Dynamisierung von Beschäftigung im ländlichen Raum, die natürlichen Ressourcen in Wert setzen, die Förderung und Unterstützung des Handwerks, die Pflege eines naturnahen, sanften Tourismus, ein attraktives Angebot an Mobilitätsmöglichkeiten, die Aufrechterhaltung von Dienstleistungen im ländlichen Raum (u.a. durch den Ausbau von mobilen Angeboten)... all dies sind Aspekte, die eine (Wieder-)Ansiedlung im ländlichen Raum begünstigen. Es sind alle Elemente einer gut durchdachten, ländlichen Entwicklung, die die Voraussetzungen dafür schafft, dass bestehender Wohnraum auch wieder zu Wohnzwecken genutzt werden kann.

Tourismus und Wohnungsproblematik

Sanfter Tourismus ist ein wesentliches Element nachhaltiger ländlicher Entwicklung. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass die Subventionen der Gemeinschaft für Ferienwohnungen den Wohnungsmarkt nicht zu stark verzerren. Im Gegenteil, dieser Markt muss so reguliert werden, dass die Konkurrenzsituation zwischen Ferienwohnungen und angemessenem Wohnraum nicht zu Ungunsten des Wohnraums ausschlägt.

Soziale Immobilienagenturen

Die sozialen Immobilienagenturen spielen eine bedeutende Rolle im Bereich Unterstützung und Hilfeleistung in allen Wohnfragen (Mietrecht, Instandsetzung, Prämien, Wohnbegleitung...) und beim Zugänglichmachen von leer stehendem Wohnraum. Sie sollten durch eine Kofinanzierung der Gemeinschaft ihr Betätigungsfeld speziell im Bereich Wohnen im Alter ausbauen.

II – 6.

Behindertenpolitik, ein transversales Thema

Die Behindertenpolitik ist kein Bereich, der ganz alleine für sich steht. Sie überschneidet sich mit Schul- und Kulturpolitik, mit Gesundheits- und Seniorenpolitik. Eine weit reichende Integration ist nur durch einen transversalen Ansatz möglich. Ziel der Bestrebungen sollte sein, dass der Mensch mit Behinderung und seine Familie so weit wie möglich am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Das heißt, dass die Angebote, Einrichtungen und Infrastrukturen im Sozial-, Ausbildungs-, Beschäftigungs-, Gesundheits- und Kulturbereich so gestaltet werden, dass alle Menschen - mit oder ohne Behinderung - ungehindert daran teilnehmen können. Gleichzeitig muss Überversorgung oder Bevormundung vermieden werden.

Schwerpunkte und Vorschläge

Früherkennung bedeutet Prävention

Früherkennung ist eine wichtige Voraussetzung für eine angepasste Förderung und für eine größtmögliche Integration.

- *Die Frühhilfe muss ihren präventiven und orientierenden Charakter beibehalten können. Der Zugang muss auch dann gewährleistet bleiben, wenn noch keine klare Diagnose einer Behinderung oder einer dauerhaften Beeinträchtigung des Kindes vorliegt.*

Angepasste Lebens- und Begleitformeln

Zur Unterstützung und Entlastung von Familien mit einem behinderten Menschen ist ein flächendeckendes Netz an ambulanten und institutionellen Hilfen sowie an Familien entlastenden Diensten aufgebaut worden.

- *Im ambulanten Bereich ist eine systematische und enge Zusammenarbeit zwischen dem Behindertenbereich und den Dienststellen der Häuslichen Versorgung notwendig, damit die Hilfeleistungen für die Betroffenen selbst und deren Familien möglichst optimal geplant werden können.*
- *Im Bereich der Unterbringungsmöglichkeiten für behinderte Personen sollte auch weiterhin Wert darauf gelegt werden, ein breit gefächertes Angebot anzubieten.*

Integration durch Beschäftigung

Zu einer vollwertigen Teilnahme am sozialen Leben gehört die Beschäftigung. Die Integrationsbemühungen durch Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Menschen mit einer Behinderung müssen fortgesetzt werden.

- *Weiterer Ausbau der Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Behinderung.*

Zugänglichkeit

- *Die Angebote in Kultur, Erwachsenenbildung und Jugendarbeit müssen allen, also auch Personen mit einer Behinderung zugänglich sein.*
- *Bei Erstellung neuer Regelwerke soll darauf geachtet werden, dass Zuschusskriterien für die Organisationen an diese Bedingung gekoppelt werden.*

II – 7.

Für eine verstärkte nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit

Es gilt, das extreme Spannungsfeld zwischen Norden und Süden zu durchbrechen, das sich aus den ungleichen Lebensbedingungen ergibt: einerseits eine Minderheit von Menschen, die in materiellem Wohlstand und wirtschaftlichem Reichtum leben, und andererseits die große Mehrheit, die in ständiger Armut und Abhängigkeit lebt. Diese Situation aufrecht zu erhalten, wäre nicht nur Zeugnis einer dramatischen moralischen Ungerechtigkeit, sondern der sichere Weg in eine Sackgasse. Die vielen bewaffneten Konflikte, die blinde Gewaltbereitschaft, die ökologischen Katastrophen und auch das Erlahmen des Wohlstands der reichen Länder sind aktuell schon eine massive Bedrohung.

Schwerpunkte und Vorschläge

Für eine andere Globalisierung

Die wachsende Verarmung einer Großzahl von Menschen, insbesondere in den Ländern der südlichen Halbkugel, der Mangel an interkulturellem Dialog und die weltweite Umweltüberlastung lassen die Fehler der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung offensichtlich erscheinen. Diese erschreckende Wirklichkeit verdeutlicht die Notwendigkeit, einen solidarischen, ethischen, sozialen und ökologischen Rahmen für die Globalisierungspolitik zu definieren. Die Entwicklungszusammenarbeit muss ihren Beitrag bei der Schaffung dieses Rahmens leisten. Entwicklungszusammenarbeit darf sich nicht mehr auf den Mechanismus der Projektfinanzierung begrenzen, die allzu oft den politischen und wirtschaftlichen Interessen des Geberlandes unterworfen ist. Entwicklungszusammenarbeit ist ein politisches Richtziel, durch das die verschiedenen Dimensionen einer harmonischen Entwicklung (Bildung, Arbeit, Gesundheit, gerechter Handel, Umwelt) gemeinsam mit den Partnerländern in Angriff genommen werden können.

- *Die Koordination der Entwicklungszusammenarbeit soll weiterhin auf föderaler Ebene stattfinden.*
- *Die Regionen, Gemeinschaften, Provinzen und Gemeinden müssen kohärent und koordiniert ihren Beitrag in der Entwicklungszusammenarbeit leisten.*
- *Der Föderalstaat sollte einen detaillierten Plan ausarbeiten, damit Belgien der Entwicklungszusammenarbeit endlich 0,7% von seinem BSP widmen kann.*
- *Es muss gewährleistet werden, dass investierte Mittel auch wirklich zu einer nachhaltigen und eigenständigen Entwicklung der Partner im Süden beitragen.*
- *Die Arbeit der nicht regierungsgebundenen Organisationen im Süden muss aufgewertet und Partizipation bei der Projektentwicklung gefordert werden.*

Sensibilisierung

Die Deutschsprachige Gemeinschaft soll ihre Bevölkerung weiter motivieren, an diesem Prozess aktiv teilzunehmen. Die korrekte Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist eine Grundvoraussetzung, um weiter Aktionen in die Wege zu

leiten. Idealerweise sollten Projekte von Organisationen aus der DG mit Partnern im Süden gemeinsam erarbeitet und gemeinsam durchgeführt werden.

- *Die Gemeinschaft sollte die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit progressiv aufstocken. Langfristiges Ziel ist es, 0,3% des Einnahmenhaushaltes der DG für die Entwicklungszusammenarbeit frei zu setzen.*
- *Zu unterstützende Projekte müssen darauf geprüft werden, ob sie eine dauerhafte, eigenständige Entwicklung ermöglichen, die insbesondere auf die Ernährungssouveränität der Partnerregion abzielt.*
- *Eine Partnerschaft zwischen der DG und einer Partnerregion im Süden soll aufgebaut werden, die es Einrichtungen oder Instanzen der DG ermöglicht, entsprechende Projekte mit ihren Pendants in der Partnerregion durchzuführen. Das gleiche gilt für Partnerschaften zwischen Gemeinden der DG und Gemeinden im Süden (siehe Beispiel Raeren).*
- *Der Rat für Entwicklungszusammenarbeit, Solidarität und Integration spielt gerade im Bereich der Sensibilisierung der Bevölkerung eine entscheidende Rolle. Seine Handlungsfähigkeit muss entscheidend verbessert werden.*

II – 8. Die Ehrenamtsbörse

Ehrenamt und Freiwilligenarbeit sind wichtige Bestandteile unserer Gesellschaft. Die Ehrenamtsbörse will die beiden Hauptakteure (der Freiwillige und die Organisation) zusammenbringen und so das Ehrenamt in all seinen Ausprägungen stärken.

Der Freiwillige

Die Beweggründe des Freiwilligen sind vielfältig. Meist steht die Suche nach einer sinnvollen Tätigkeit im Vordergrund, die Freude macht und Kontakte zu anderen Menschen ermöglicht.

Durch die Ehrenamtsbörse erhält der Freiwillige einen Überblick über die von den verschiedensten Organisationen in der DG angebotenen Möglichkeiten sich ehrenamtlich zu engagieren und dies in Verbindung mit einem von der Ehrenamtsbörse angebotenen Beratungsgespräch.

Die Organisation

Über die Ehrenamtsbörse kann die Organisation ihre Angebote veröffentlichen, wird aber auch gegebenenfalls beraten bei der Einbindung eines Freiwilligen, sprich bei der Beschreibung eines Freiwilligenplatzes, so dass er auch den Bedürfnissen der Freiwilligen entspricht.

III

Ökologie, Chance für die Ökonomie, auch in Ostbelgien!

EINLEITUNG

Die Weltwirtschaft wird zurzeit kräftig durchgeschüttelt. Sowohl die Finanzmärkte als auch die Energiewirtschaft müssen einer grundlegenden Prüfung unterzogen werden. Die entscheidende Herausforderung für eine moderne Wirtschaftspolitik besteht im Übergang zu einer nachhaltigen, ökologisch tragfähigen und sozial gerechten Wirtschaftsweise. Das Kapital muss in den Dienst dieser Ziele gestellt werden und nicht umgekehrt. Das Öl-Zeitalter geht erkennbar zu Ende. Je früher wir uns mit dieser Tatsache auseinandersetzen und untersuchen, welche Auswirkungen das auf unser Leben und Wirtschaften haben wird, umso chancenreicher können wir die ökologische Modernisierung gestalten.

Dabei geht es um mehr Energieeffizienz bei gleichwertigem Komfort, die konsequente Förderung regenerativer Energieformen und die Entwicklung und Förderung von regionalen Wirtschaftskreisläufen. Eine derart nachhaltig ausgerichtete Wirtschaft ist selbstverständlich nur unter Bewahrung der natürlichen Lebensräume und des Schutzes der biologischen Vielfalt unseres Planeten denkbar.

Ökologisches Wirtschaften schafft neue Arbeitsplätze.

Eine dezentrale Energiewirtschaft auf der Basis der regenerativen Energiequellen und konsequente Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz bieten viele neue und stabile Arbeitsplätze. Schon jetzt gibt es in diesen Bereichen mehr qualifizierte Arbeitsplätze als in der extrem kapitalintensiven Atomwirtschaft, die wir Grünen auch weiterhin ablehnen. Der Übergang von der Wegwerf- zur Kreislaufwirtschaft bietet ebenfalls neue Arbeitsplätze für Wartung, Reparatur und Recycling.

Wir wollen einen ökologischen Strukturwandel vorantreiben.

ECOLO hat vor einigen Jahren das schweizerische Projekt der 2000Watt-Gesellschaft vorgestellt. Darin geht es um die Herausforderung, dass jeder Mensch mit einem mittleren Gesamtenergieverbrauch von 2000Watt (also 48kWh/Tag) auskommen soll. Die Zukunftsvision, eine 2000Watt- DG anzustreben kann einen kräftigen Impuls zur nachhaltigen Wirtschaftsgestaltung geben.

III – 1.

Beschäftigung: damit jeder seinen Platz in unserer Gesellschaft finden kann

Die Beschäftigungslage in unserer Gemeinschaft und die damit verbundene Einkommenssicherheit bzw. -Unsicherheit der hiesigen Bevölkerung muss zentrales Augenmerk der politischen Entscheidungsträger bleiben. Die Gemeinschaft muss sich verstärkt mit dem oben beschriebenen modernen Wirtschaftsentwicklungszielen auseinandersetzen. Sie muss dazu beitragen, dass die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass sich kleine und mittlere Betriebe und die familiäre bäuerliche Landwirtschaft in nachhaltigen Rahmenbedingungen entfalten können. Neben den neuen Herausforderungen im Bereich Energie und Ökologie stellt der so genannte Social-Profit-Bereich (Kleinkindbetreuung, häusliche Versorgung, Integrationsprojekte...) einen wichtigen Wachstumsmarkt dar. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung wird deutlich, dass das bestehende Angebot ausgebaut werden muss. Hier gilt es, neue, dauerhafte und sozial wertvolle Arbeitsplätze zu schaffen. Auch mehr Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung kann den Arbeitsmarkt entlasten. Initiativen im Bereich der Arbeitszeitverkürzung und im Bereich des progressiven Ausstiegs aus dem Erwerbsleben müssen weiterentwickelt werden.

Schwerpunkte und Vorschläge

Energieeffizienz

Das Ziel, die Deutschsprachige Gemeinschaft zur belgischen Modellregion in Sachen Energieeffizienz zu machen, darf sich nicht auf die Aktivitäten der Gemeinschaft beschränken. Eine breite Kampagne, die auch die Wirtschaft und den privaten Bereich mit einbezieht, kann einen sehr viel größeren positiven Impact auf die Beschäftigungslage in Handwerk und Gewerbe haben.

Ausbau des Nicht-Kommerziellen-Sektors

Der so genannte Social-Profit-Sektor trägt wesentlich zur sozialen Kohäsion in unserer Gemeinschaft bei. Der Ausbau der Dienstleistungen im nicht-kommerziellen Sektor ist in mancher Hinsicht von Bedeutung: es besteht ein großer, sich ausweitender Bedarf in diesem Bereich, es werden dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen. Diese Dienstleistungen sind Ausdruck der Solidarität innerhalb unserer Gesellschaft, und sie tragen in großem Maße dazu bei, die Lebensqualität der Bevölkerung unserer Gemeinschaft zu steigern.

Die Arbeit des Arbeitgeberverbandes des nicht-kommerziellen Sektors sollte durch die Gemeinschaft gefördert werden. Er muss auf Arbeitgeberseite in den Gremien, in denen die Sozialpartner vertreten sind, Einzug finden können.

Aus- und Weiterbildungsoffensive

Damit der steigende Bedarf im Bereich der Heimdienste und im Bereich der Kleinkindbetreuung durch qualifiziertes Personal abgedeckt werden kann, ist eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für Berufe in den Bereichen der Hilfe für Personen

und Familien (Senioren- bzw. Familienhelferinnen, Putzhilfen, AllroundhandwerkerInnen ...) und in der Kleinkindbetreuung (KinderpflegerIn, Tagesmutter/vater) notwendig.

Tandem-Plan

Der progressive Ausstieg aus dem Arbeitsleben und die Weitergabe von Berufserfahrung und Know-how an die nachfolgende Generation muss durch entsprechende Maßnahmen organisiert und gefördert werden. Die Gemeinschaft sollte in ihrer Verwaltung, in den paragemeinschaftlichen Einrichtungen und in den Sektoren, die sie bezuschusst, in Konzertierung mit den Sozialpartnern, ähnlich wie in der Wallonischen Region einen Tandem-Plan einführen.

Wohnortnahe Arbeitsplätze fördern

Um zu vermeiden, dass ausgebildete meist junge Fachkräfte unsere Gemeinschaft verlassen oder weite Anfahrtswege in Kauf nehmen müssen, aber auch um nicht qualifizierten Personen Arbeit anzubieten, braucht die Deutschsprachige Gemeinschaft wohnortnahe Arbeitsplätze.

Angesichts der Gefahr von Delokalisierung oder Schließung größerer Betriebe in traditionellen Produktionszweigen, müssen Arbeitsplätze gefördert werden, die standortgebunden sind. Dies ist im Dienstleistungsbereich der Fall, so z.B. in der Förderung der Lebensqualität von alten Menschen, im Bereich der Mobilität oder auch im Bereich der Regionalvermarktung. Dies ist auch und vor allem im ökologischen Sektor der Fall. Der Umweltsektor ist ein wirtschaftlicher Wachstumsbereich, den es zu nutzen gilt.

Die Liste von Beispielen ist beeindruckend: Agro-Kraftstoff, Biomasse-Produktion, erneuerbare Energien, Niedrigenergiebauweise, intelligente Heizverfahren, Blockheizkraftwerke, Holzpellets oder Holzhackschnitzel, Holzveredelung, Abfalltrennung und -Verwertung, gesundes Bauen, Isolationsmaterialien, usw. Im ökologischen Bereich könnte die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre traditionelle Stärke und ihren Vorsprung zum restlichen Belgien als Nischenvorteil ausbauen.

Die Ausbildung von entsprechenden Fachkräften sollte dazu beitragen, diesen Prozess zu fördern.

III - 2.

Wirtschaftsförderung durch nachhaltige Regionalentwicklung

Für ECOLO ist Regionalentwicklung eng mit der Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe verbunden. Konzepte der Globalisierung sind langfristig nicht tragfähig und müssen durch Wirtschaftskonzepte ersetzt werden, die bei den in der Region vorhandenen Menschen, Potenzialen und Ressourcen ansetzen.

Der Wirtschaftsstandort Ostbelgien ist charakterisiert durch seine ländliche Struktur und seine Lage an der Schnittstelle mehrerer Sprachen und Staaten. Durch seine zentrale Lage in Europa und durch die Einbindung in gleich zwei grenzüberschreitende Kooperationsverbünde, die Euregio Maas-Rhein im Norden und die Großregion im Süden, sowie durch die sprachlichen Qualifikationen der Bevölkerung und ein dichtes Netz an kleineren und mittleren Betrieben kann die Arbeitsmarktsituation noch als relativ gut bezeichnet werden.

Diese Vorteile gilt es in Zukunft zu festigen und weiter auszubauen. Hierbei kommt der Wirtschaftsförderung im Rahmen einer nachhaltigen Regionalentwicklung eine zentrale Rolle zu.

Schwerpunkte und Vorschläge

Ein Regionalentwicklungskonzept erstellen

Eine nachhaltige Regionalentwicklung darf sich nicht nur auf Wirtschaftsförderung beschränken. Sie beinhaltet auch soziale und kulturelle Aspekte. Außerdem ist es notwendig, ökologische Richtlinien in ein regionales Entwicklungskonzept einzubeziehen, damit die notwendigen Weichenstellungen für eine dauerhafte Entwicklung erfolgen können. ECOLO hat deshalb schon seit langem gefordert, dass ein Regionalentwicklungskonzept für die Deutschsprachige Gemeinschaft erstellt wird. Die in den vergangenen Monaten ergriffene Initiative wird von ECOLO deshalb auch begrüßt. Damit jedoch die Einrichtungen und Menschen in einen solchen Prozess einbezogen werden können, muss diesem Prozess auch die notwendige Zeit gegeben werden.

- *Alle bedeutsamen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, ökologischen und politischen Faktoren müssen erfasst und in das Regionalentwicklungskonzept einbezogen werden.*
- *Es ist notwendig, dass alle betroffenen Institutionen, Verbände und Organisationen bei der Erstellung eines Maßnahmenkatalogs eingebunden und beteiligt werden, damit die verschiedenen Maßnahmen und Handlungsschritte aufeinander abgestimmt werden können.*
- *Die durchzuführenden Maßnahmen müssen von einem möglichst breiten Teil der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Entscheidungsträger unterstützt werden.*

Wirtschaftsförderung – Förderung der Regionalentwicklung

Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) und die landwirtschaftlichen Betriebe sind in den Augen von ECOLO wichtige Partner bei der Erstellung und Umsetzung der notwendigen Maßnahmen.

Für ECOLO sollte die WFG in eine Regionalentwicklungsgesellschaft umgewandelt werden.

- *Synergien zwischen dem Arbeitsamt, dem Wirtschafts- und Sozialrat und der WFG schaffen bzw. erweitern.*
- *Zusammenarbeit der Gemeinden fördern unter Koordination der Wirtschaftsfördergesellschaft.*
- *Die Ansiedlung von Betrieben, die lokal oder regional eingebunden sind, d. h. deren Ansiedlung an hiesige Ressourcen gebunden ist, muss gefördert werden.*
- *Neue Tätigkeitsfelder für Landwirte eröffnen*
 - *Prämiensystem für die Landschaftspflegearbeiten, die von Landwirten geleistet werden*
 - *Ein weiteres Standbein für die Landwirtschaft entwickeln, wobei der Landwirt als Energiewirt fungiert (Verpachtung von Standorten für Windräder, Errichten von Biogasanlagen, usw.)*
 - *Projekte der Regionalvermarktung als Chance begreifen*

Schaffung eines Kompetenzzentrums „Energieeffizienz und regenerative Energien“

Die Chancen, die sich durch einen konsequenten Umgang mit den Zielen Energieeffizienz und regenerative Energien für den Arbeitsmarkt ergeben, müssen offensiv genutzt werden. Ressourcenschonendes, energieeffizientes Bauen, der Ausbau regenerativer Energieformen, die Entwicklung von Konzepten im Bereich der umweltverträglichen Mobilität sind Themen, die ein hohes Maß an Sachverstand erfordern. Ein entsprechendes Kompetenzzentrum in der DG kann ganz entscheidend mit dazu beitragen, den einheimischen Handwerkern und Unternehmen, aber auch den Bauherren Fähigkeiten, Können und Wissen zu vermitteln, die es ihnen erlauben, sich in diesen Bereichen zukunftssicher aufzustellen.

- *Zielgerichtete Investitionspolitik der DG im Bereich erneuerbare Energien und energiesparende Maßnahmen.*

Ländliche Entwicklung im europäischen Kontext

Die Europäische Union ist zu 80 Prozent ländlich strukturiert. Umso mehr sind ländliche Räume unverzichtbar für eine nachhaltige, ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Dies gilt insbesondere für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Ländliche Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann aufgrund der geringen Größe unseres Gebiets nur sinnvoll sein, wenn wir die Randgebiete zu unseren Nachbarn in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland-Pfalz, in Luxemburg und in der Wallonischen Region mit einbeziehen und gemeinsam Projekte realisieren. Dabei ist die „Fondation Rurale de Wallonie (FRW)“ ein wichtiger Partner als Bindeglied zur Wallonischen Region.

ECOLO setzt sich dafür ein,

- *die Mitgliedschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der „Europäischen Arbeitsgemeinschaft für Stadt- und Landentwicklung (ARGE)“ weiter aktiv zu gestalten und sich alle zwei Jahre beim europäischen Dorfwettbewerb zu engagieren.*
- *neue Konzepte der Mobilität und des Öffentlichen Personennahverkehrs zu erproben*
- *für Projekte und Initiativen im Ländlichen Raum zu sensibilisieren (Dorfwettbewerbe).*

III – 3.

Der Tourismus als Faktor der Nachhaltigkeit

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftszweig Ostbelgiens. Es besteht aber noch genügend Ausbaupotential. Die Nähe zu den Ballungszentren wie Ruhrgebiet und Maasbecken prädestiniert Ostbelgien zu einem Naherholungsgebiet ersten Ranges. Um zu einer nachhaltigen Entwicklung Ostbelgiens beizutragen, die die Interessen von Mensch und Natur berücksichtigt, muss das Tourismuskonzept auf einer sozialen und umweltorientierten Gästepolitik beruhen. Nachhaltiger Tourismus kann dazu beitragen, rückläufige Entwicklungen in der Landwirtschaft zumindest teilweise aufzufangen. Es soll deshalb ein familienfreundlicher, ländlicher Tourismus gefördert werden, der neue Absatzmärkte für regionale Produkte erschließen kann. Zudem muss der Tourismus in Ostbelgien grenzüberschreitend angelegt sein. Die Zusammenarbeit mit den Nachbarn ist unverzichtbar. Unser Konzept verbindet Erholung in der Natur (Wandern, Radwandern,..) mit der Entdeckung kultureller Highlights (Theater, Karneval,..) in und um Ostbelgien, mit kreativer künstlerischer Beschäftigung (Malen, Töpfern, ...) oder mit sportlichen und gesundheitsfördernden Aktivitäten (Ski, Segeln, Triathlon,...)

Schwerpunkte und Vorschläge

Umwelt und Landschaftsschutz haben Vorrang.

Die ostbelgische Natur und Landschaft ist sicher der Hauptmagnet für die touristische Anziehungskraft unserer Region. Die touristische Erschließung muss sich am Schutz unserer Landschaft orientieren, um deren Wert auf Dauer zu erhalten bzw. zu steigern.

- *Prüfung der Umwelt- und Landschaftsverträglichkeit von touristischen Projekten.*
- *Besonders wertvolle Landschaften (Feuchtbiotope,...) müssen unter Naturschutz gestellt werden, um das Gleichgewicht sensibler Biotope zu erhalten.*

Wirtschaftliche Trümpfe ausspielen

Der Tourismus muss sich, aus volkswirtschaftlicher Sicht gesehen, zu einem selbsttragenden Wirtschaftszweig entwickeln.

Die Gemeinschaft hat die Aufgabe, touristische Initiativen von Städten und Gemeinden zu koordinieren und zu fördern, damit der ostbelgische Tourismus nach außen hin ein einheitliches positives Bild bietet. Zusammenarbeit hinsichtlich einer kohärenten Tourismuswirtschaft ist unerlässlich.

Der Tourismus soll die hiesige Landwirtschaft stärken. Die Initiative "Ferien auf dem Bauernhof" kann eine Chance für die noch bestehende Landwirtschaft sein und sollte weiter ausgebaut und unterstützt werden. Bei der Bewirtung der Gäste kann die Direktvermarktung eigener Produkte des Bauernhofes im Kleinen erprobt werden

und später als regionale Produktpalette unserer Landwirtschaft breiter vermarktet werden.

Durch besondere Gastronomie, angenehme Beherbergung, kulturelle Vielfalt und diverse Freizeitangebote haben wir die Chance, neue Arbeitsplätze für unsere Bevölkerung zu schaffen.

Diese Chance muss auch bei der Ausbildung Jugendlicher berücksichtigt werden. Nur Professionalität kann auf Dauer zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen.

Die einheimische Bevölkerung beteiligen

Die Einnahmen aus der Tourismuswirtschaft müssen unserer Bevölkerung zu Gute kommen. Gastfreundschaft kann nur von der einheimischen Bevölkerung ausgehen.

- *Deshalb muss unsere Bevölkerung stärker als bisher bei der Verwirklichung touristischer Infrastrukturen oder Aktivitäten eingebunden werden. So kann eine dynamische Tourismuswirtschaft in Ostbelgien wachsen.*
- *Die Vernetzung touristischer Landstriche kann für alle Beteiligten nur von Interesse sein. Eine enge Zusammenarbeit unseres Verkehrsamtes mit den Verkehrsämtern der deutschen Eifel, Luxemburgs und der Ardennen sollte daher weiter ausgebaut werden.*

Angepasste Infrastrukturen

Da die Erholung des Menschen sowie der Erhalt von Fauna und Flora in unseren Wäldern für den Tourismus eine zentrale Rolle spielen, sollte der Ausbau von Wander- und Radwanderwegen Priorität genießen! Das Konzept der RAVel-Wege muss weiterentwickelt werden. Motorangetriebene Fahrzeuge sowie Aktivitäten, die mit Lärm und Luftverschmutzung verbunden sind, gehören weiterhin nicht in unsere Wälder oder auf unsere Seen! Der Leitgedanke jeder Planung von touristischen Infrastrukturen muss der Erhalt oder die Aufwertung unserer natürlichen Schätze (Wälder, Wasserläufe, Seen,...) sein.

- *Kompetente Partner wie die Forstverwaltung oder Naturschutzverbände müssen weiterhin und verstärkt in die Planungen einbezogen werden (z. Bsp. bei der Erstellung neuer Wanderwege oder deren Ausweisung).*
- *Die reibungslose Anbindung touristischer Ziele in Ostbelgien an das öffentliche Verkehrsnetz kann unangenehme Überlastungen unserer Straßen vermeiden. So könnten im Sommer gezielte Verbindungen vom Bahnhof Eupen aus zur "Weser-Talsperre" oder nach "Haus Ternell" erfolgen oder im Winter vom Bahnhof Verviers aus zu den verschiedenen Skizentren Ostbelgiens.*

IV

Chancengleichheit in Unterricht und Ausbildung

Einleitung

In den vergangenen vier Jahren sind eine Reihe von grundlegenden Änderungen im Unterrichtswesen der DG eingeleitet und teilweise umgesetzt worden.

Die inhaltlichen Schwerpunkte dieser Änderungen hat ECOLO mitgetragen und unterstützt.

Für ECOLO gilt aber ein grundlegend anderer Ansatz was den Weg betrifft, wie die Ziele erreicht werden können. Für uns kann Schule nicht mit der Brechstange gestaltet werden. Organisatorische und inhaltliche Änderungen können nicht von außen aufgestülpt werden, sie sollten unserer Meinung nach in den Schulen selbst erarbeitet werden. Nur so ist sichergestellt, dass sich die Träger und die pädagogischen Kollegien auch mit den neuen Orientierungen identifizieren. Natürlich muss den Schulen der Rahmen gegeben werden, solche Entwicklungsprozesse intern durchzuführen. Sie brauchen dazu ausreichend personellen Spielraum und kompetente externe Unterstützung.

IV 1.

Chancengleichheit beginnt in der Grundschule

Ein zentrales Ziel des ECOLO-Unterrichtsprogramms ist die Chancengleichheit. Wir streben ein Schulsystem an, das Kinder mit unterschiedlichem sozialem Hintergrund zusammen bringt und das auf Integration für alle ausgerichtet ist. Alle Kinder müssen die gleichen Chancen, die gleichen Möglichkeiten erhalten, eine schulische Laufbahn erfolgreich abzuschließen. Aus den Statistiken geht hervor, dass die sozialen Ungleichheiten schon sehr früh einen Einfluss auf die schulische Laufbahn der Kinder nehmen und dass wir früh beginnen müssen, negativen Auswirkungen entgegen zu wirken.

Schwerpunkte und Vorschläge

Frühförderung durch Früherkennung

Ein gutes Schulsystem muss bei der Förderung der schwachen Schülerinnen und Schüler ansetzen, sei es bei Entwicklungsverzögerungen, sei es bei sprachlichen oder sozialen Benachteiligungen. Eine effiziente Förderung setzt voraus, dass die betroffenen Kinder möglichst frühzeitig identifiziert werden. Dazu sind Diagnoseinstrumente für Lehrpersonen und Erzieher nötig. Das wäre ein wichtiger Schwerpunkt in der Erstausbildung und der Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern, Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern in der neuen Hochschule.

- *Das Eintrittsalter in den Kindergarten wieder von 3 auf 2½ Jahre herabsetzen: diese Herabsetzung des Eintrittsalters ist keine Verpflichtung für die Eltern, sondern eine Möglichkeit. Bei kontinuierlich zurückgehenden Schülerzahlen in den kommenden Jahren wirkt sich eine solche Maßnahme positiv auf den Erhalt von Arbeitsplätzen aus. Darüber hinaus wird auf diese Weise durch die Erweiterung des Angebotes an Kleinkindbetreuung ein bedeutender Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet.*

Klassengröße in den Primarschulen

ECOLO möchte die besondere Rolle der Grundschulen hervorheben.

Das Grundschulwesen ist "grundlegend": hier wird der Grundstein für die Gesellschaft von morgen gelegt. Es ist wohl der wichtigste Zweig unseres Ausbildungssystems, denn weitere Ausbildungswege können nur auf einer soliden Basis aufgebaut werden. Deshalb müssen hier auch mehr Mittel personeller und materieller Art eingesetzt werden.

Gerade in den beiden ersten Primarschuljahren müssen die Kinder Freude an der Schule bekommen. Dies ist nur in einem angenehmen Umfeld in übersichtlichen Klassen möglich.

Die Größe einer Klasse hat einen direkten Einfluss auf die Qualität des Unterrichts und auf die Möglichkeiten der Lehrperson, individuell auf die Belange der Kinder eingehen zu können. Speziell in den ersten beiden Schuljahren der Primarschule sollten die Lehrerinnen und Lehrer in kleineren Klassen den Bedürfnissen aller Schülerinnen und Schüler gerecht werden.

In den kommenden Jahren werden durch den Geburtenrückgang Lehrpersonen in den Grundschulen frei. ECOLO wird sich dafür einsetzen, dass dieses Personal verstärkt in den ersten beiden Jahren der Primarschulen eingesetzt wird.

- *Wir wollen, die Klassengrößen in der ersten Stufe der Primarschule auf höchstens 20 Schüler pro Klasse begrenzen.*
- *Teamarbeit von Lehrpersonen mit größeren Klasseneinheiten sollte aber auch weiterhin möglich sein.*

Umgestaltung des Unterrichts

Damit die Schule besser auf die einzelnen Schülerinnen und Schüler eingehen kann, ist Binnendifferenzierung (in der Klasse) gefragt. Innerhalb einer Lerngruppe auf den unterschiedlichen Leistungsstand und die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Schüler einzugehen, ist jedoch eine Kunst, die gelehrt und unterstützt werden muss. Die neue Hochschule sollte auch in diesem Bereich aktiv werden. Auch die Begleitung der Lehrpersonen durch die pädagogische Inspektion sollte diesem Punkt Rechnung tragen. Wir möchten eine Umgebung schaffen, die ein selbstständiges Arbeiten der Schülerinnen und Schüler ermöglicht.

- *Die PMS-Zentren dahingehend ausbauen, dass sie auch in der Weiterbildung der Lehrpersonen eine aktive Rolle einnehmen und gezielte Unterstützung und Coaching für Lehrerinnen und Lehrer (Primar und Sekundar) zu einzelnen Themenfeldern anbieten.*
- *Der Übergang von der Primar- in die Sekundarschule ist oft der Moment, wo die Schwierigkeiten beginnen. Gerade hier sollte den schwachen oder verunsicherten Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern gezielte Hilfe angeboten werden.*

Kostenlosigkeit des Unterrichts

Wenn wir die absolute Gleichstellung aller Lernenden und aller Unterrichtszweige fordern, müssen wir auch die Kostenlosigkeit des Unterrichts verlangen. Für viele Familien sind die Schulkosten fast unüberwindbare Hürden, oder Hürden, die nur durch Ersparnisse in anderen Bereichen (z.B. Entscheidung zwischen Schneeklasse oder Familienurlaub) zu nehmen sind, vor allem angesichts der auch in Ostbelgien steigenden Armut. Deshalb muss alles, was zum Pflichtunterricht gehört, kostenlos für alle sein.

- *Wir werden uns in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass die Liste der Dienstleistungen und Lernmittel, für die die Schule von den Erziehungsberechtigten eine Entschädigung verlangen kann, endlich im PDG diskutiert und verabschiedet wird.*

In diese Liste gehören z.B. Kosten für den Schwimmunterricht, kulturelle und sportliche Aktivitäten mit ihren jeweiligen Transportkosten. Da diese Aktivitäten zur körperlichen und geistigen Bildung gehören, müssen sie nach unserer Ansicht kostenlos sein. Die Schulen müssen allerdings aufgefordert werden, ihre Bildungsbeiträge auf ihre Zweckmäßigkeit zu untersuchen, um eine Übersteigerung der Kosten durch ein Überangebot zu vermeiden. Unser Ziel ist es, auch einen

Höchstbetrag zu definieren, der während eines Schuljahres von den Eltern verlangt werden kann. So können die Eltern an Hand dieser Liste am Anfang eines Schuljahres die Kosten abschätzen, die während des Schuljahres auf sie zukommen und wissen, dass diese Kosten einen bestimmten Höchstsatz nicht überschreiten werden.

IV - 2.

Rahmenbedingungen für eine wirkliche Chancengleichheit

Eine wirkliche Chancengleichheit aller Kinder in unserem Unterrichtssystem ist nur möglich, wenn wir die passenden Rahmenbedingungen schaffen.

In der vergangenen Legislatur haben wir Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur ausdrücklich unterstützt. Dabei haben wir mit Nachdruck gefordert, dass die Schulen dem bestmöglichen Energieeffizienzstandard entsprechen, darüber hinaus aber auch gute Arbeitsbedingungen für die Lehrpersonen und optimale Lernbedingungen für die Schüler bieten.

Die Aufwertung des Lehrerberufes hat ebenfalls unsere Unterstützung gefunden. Wir werden auch künftig alles unterstützen, was die Lehrer besser befähigt, ihre wichtige Aufgabe kompetent zu erfüllen.

Neben diesen infrastrukturellen Rahmenbedingungen und dem allgemeinen Arbeitsrahmen für die Lehrpersonen, muss die Gemeinschaft auch für die Kinder und ihre Eltern die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein erfolgreicher Schulbesuch möglich wird.

Schwerpunkte und Vorschläge

Dorfschulen

Wir möchten hier auf die besondere Bedeutung der Dorfschulen hinweisen. Durch den Geburtenrückgang kommen schwierige Zeiten auf die kleinen Dorfschulen zu. Aber die Schließung der Dorfschule erschwert maßgeblich die Niederlassung neuer Familien. Auf lange Sicht verliert das Dorf an Attraktivität.

- *Wir bekräftigen unsere Position zum Erhalt der Dorfschulen. Selbstverständlich müssen wir mit Augenmaß vorgehen.*

Hausaufgaben

Bei den Hausaufgaben machen sich die sozialen Unterschiede der Kinder besonders bemerkbar. Nicht alle Kinder können bei der Bewältigung der Hausaufgaben auf Erwachsene zurückgreifen. Die Französische Gemeinschaft hat bereits vor einigen Jahren ein Dekret mit einer Hausaufgabenregelung im Primarschulbereich verabschiedet. Hiermit soll vermieden werden, dass die Schulkinder nicht endende Schultage kennen. Auch bei uns gibt es Situationen, in denen durch zu viele Hausaufgaben allein die Schulumüdigkeit der Kinder gefördert wird, das eigentliche Ziel der Wissensvermittlung und Vertiefung aber verpasst wird. Im Bezug auf das Schulversagen vertreten wir die Auffassung, dass Hausaufgaben auf keinen Fall benotet werden dürfen und so Auswirkungen auf Schulerfolg oder -Versagen haben.

- *ECOLO will auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Dekret zur Regelung der Hausaufgaben in der kommenden Legislaturperiode erarbeiten.*

Schülertransport

Obwohl angekündigt, ist das Dekret über den Schülertransport noch immer nicht bearbeitet und verabschiedet worden. Wir brauchen ein Dekret über den Schülertransport, das für mehr Klarheit sorgt, verständlicher ist und besser auf die Situation des Schülertransportes innerhalb der Gemeinschaft eingeht. Ein komplett kostenloser Schülertransport wird sicher für die Deutschsprachige Gemeinschaft finanziell nicht tragbar sein. Dennoch muss der Situation von einkommensschwächeren und/oder kinderreichen Familien Rechnung getragen werden. Auch muss dieses neue Dekret der Situation der Dorfschulen Rechnung tragen. Es darf ihre Existenz unter keinen Umständen in Frage stellen.

- *Für ECOLO muss dringend das Dekret über den Schülertransport verabschiedet werden. Dieses muss die Situation der Dorfschulen beachten und stärken und die finanziellen Anforderungen an einkommensschwächere und/oder kinderreiche Familien in einem sowohl für die Familien als auch für die Gemeinschaft tragbaren Rahmen halten.*

IV - 3.

Das Leben in der Schule positiv gestalten!

Integration in den Schulen bedeutet mehr als nur Kinder aus anderen Ländern oder Kinder mit einer Behinderung in den Unterricht zu integrieren. Integration bedeutet viel mehr das gemeinsame Schulleben aller Kinder offen und demokratisch zu gestalten. Gerade in den Sekundarschulen müssen wir den Jugendlichen die Demokratie unserer Gesellschaft näher bringen und sie aktiv am Schulleben beteiligen.

Schwerpunkte und Vorschläge

Gelebte Demokratie

Für ECOLO muss die Schule von der Bildungsstätte, in der man lebt, zur Lebensstätte, in der man lernt, werden. Sie muss eine Stätte des Lebens, der Rechte und der Pflichten für alle Beteiligten werden. Schließlich verbringen die Kinder und Jugendlichen hier ein Drittel ihrer Tageszeit.

Die **Demokratie ist für ECOLO der Kernpunkt** in den Überlegungen über die Bildung. Sie ist sowohl Ziel als auch Mittel. Deshalb muss sie also eine Schule der Demokratie sein, wobei wir nicht nur an einen diesbezüglichen Unterricht denken (z.B. Bürgerkunde) sondern auch an Aktivitäten, die den Schülerinnen und Schülern die Methoden und Praktiken der Konfliktbewältigung näher bringen.

- *ECOLO wünscht auch eine verstärkte Mitbestimmung der Elternvereinigungen und Schülervertretungen in den Pädagogischen Räten der Schulen.*
- *ECOLO wünscht, dass in allen Schulen die Bildung von Schülerräten mit Entscheidungsbefugnissen gefördert wird.*

Integration in der Schule

Wir finden es besonders wichtig, dass unser Schulsystem es behinderten Kindern ermöglicht, mit anderen gleichaltrigen Kindern zusammen zu sein. Gemeinsames Leben und Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern ist sinnvoll und lerneffizient, da wo die ganze Schulgemeinschaft (Eltern einbegriffen) hinter diesem Projekt steht. Aber unabhängig von diesen Integrationsprojekten braucht unsere Gemeinschaft auch weiterhin gute Schulen für differenzierten Unterricht, die speziell auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen eingehen können. Eine weitere Herausforderung ist die wachsende Zahl von ausländischen Kindern.

- *Die DG muss die nötigen finanziellen und personellen Mittel für diese Integration zur Verfügung stellen und eine begleitende Beratung durch Fachpersonen ermöglichen.*
- *Das Projekt der Beschulung von neu ankommenden Schülerinnen und Schülern weiterentwickeln und versuchen, die Eltern dieser Kinder mit in diesen Integrationsprozess einzubeziehen.*

IV - 4.

Eine Chance für alle!

Die mittelständische Aus- und Weiterbildung bietet gerade in unserem ländlichen Raum eine besondere Chance für die Jugendlichen. In unserer Gemeinschaft suchen noch viele kleine und mittlere Unternehmen qualifizierte Handwerker.

Noch ist unser Schulsystem in erster Linie eine Bestenauslese. Die, die dort nicht mehr mitkommen, wählen oft notgedrungen eine handwerkliche Ausbildung.

Wir möchten die handwerkliche Ausbildung qualitativ ausbauen und attraktiver gestalten. Wir finden, dass die verschiedenen Kompetenzzentren der Gemeinschaft aktiver an der Lehrlingsausbildung beteiligt werden sollten.

Hierbei denken wir besonders an ein zu schaffendes Kompetenzzentrum „Energieeffizienz und regenerative Energien“.

Schwerpunkte und Vorschläge

Mittelständische Aus- und Weiterbildung

Die Anstrengungen zur Aufwertung der beruflichen Aus- und Weiterbildung wollen wir weiterführen. Das Ziel, das wir verfolgen wollen, ist dass **85% der Schülerinnen und Schüler bis 22 Jahre einen Abschluss erreichen**, sei es ein Abitur oder eine abgeschlossene Lehre.

Um die Wissensvermittlung zu verbessern, soll die Attraktivität des allgemeinbildenden Unterrichts in der Lehrlingsausbildung gesteigert werden.

In diesem Bereich sind besonders angepasste, nicht linear aufgebaute Ausbildungsmodelle gefragt, um den jungen Leuten, die ihren Schulweg stolpernd machen, dennoch eine vernünftige Basis anzubieten. So könnte eine niederschwellige Integration durch Projektarbeit vorgesehen und als Schullaufbahn anerkannt werden.

V

Die Gesellschaft mitgestalten, die Freizeit sinnvoll nutzen!

Einleitung

Die kulturelle Identität der deutschsprachigen Bevölkerung war die erste Motivation für den Auf- und Ausbau der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Diese kulturelle Identität ist auch für ECOLO ein wichtiges Anliegen, das immer weiter gefördert werden muss.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Einrichtungen, Initiativen und Vereinigungen, die dazu beitragen, die Talente der Menschen zu fördern und gleichzeitig diese kulturelle Identität zu stärken.

ECOLO legt Wert darauf, dass das selbstbestimmte und demokratische Denken und Handeln der Menschen in unserer Gemeinschaft durch diese Angebote gefördert werden. Es geht darum, den Menschen interessante Rahmenbedingungen für ihre Freizeitgestaltung zu bieten, ohne dabei ein einschieeniges Konsumverhalten zu fördern.

Auch im Kulturbereich ist es wichtig, ein gesundes Gleichgewicht zu suchen zwischen der Förderung der eigenen Kräfte und Kompetenzen und der Öffnung nach außen. Die **Öffnung für andere Kulturen** ist bereichernd; dabei kann der Austausch mit Menschen in anderen Regionen und Ländern und der Austausch zwischen Menschen der verschiedenen Kulturen, die in der DG zusammen leben, gefördert werden.

Das Prinzip der **Solidarität** kommt auch in diesem Kapitel zum Tragen: Kultur und Zugang zur Kultur darf nicht ein Privileg für einige Zielgruppen und/oder Bevölkerungsschichten sein. Für ECOLO ist es wichtig, dass die von der DG unterstützten Angebote ein breites und möglichst bunt gemischtes Publikum erreichen.

Kulturpolitik muss die persönliche Entwicklung der einzelnen Menschen, aber auch die ständige Verbesserung des sozialen Zusammenlebens zum Ziel haben.

V - 1.

Demokratie braucht gesellschaftspolitische Bildung

Für ECOLO hat die Volks- und Erwachsenenbildung von je her einen hohen Stellenwert. Bildungs- und Kulturarbeit ist einer der Grundpfeiler der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Förderung von Bewusstseinsbildung und die Fähigkeit zur Entscheidung, zur Verantwortung und zur Teilnahme am soziokulturellen Leben sind vorrangige Ziele des lebenslangen Lernens in der Erwachsenenbildung.

In einer pluralistischen Gesellschaft müssen unterschiedliche Konzepte und Philosophien ihren Platz in der Erwachsenenbildung haben.

Wenn Politik einerseits immer wieder nach dem "mündigen Bürger/der mündigen Bürgerin" ruft und gleichzeitig die Politikverdrossenheit in unserer Gesellschaft beklagt, dann muss sie der soziokulturellen Bildung einen entsprechend hohen Stellenwert einräumen. Dabei ist die Erwachsenenbildung gefordert, neue Konzepte der Bürger- und Bürgerinnenbeteiligung zu erproben. Erwachsenenbildung umfasst mehr, als Erwachsene zu unterrichten. Erwachsenenbildung muss immer auch emanzipatorische Bildung sein. Sie sollte die Kritikfähigkeit der Menschen an gesellschafts-politischen Prozessen fördern und auf eine Entwicklung bzw. Veränderung der Gesellschaft ausgerichtet sein und sensibel sein für andere Teile der Welt.

Schwerpunkte und Vorschläge

Sensibel sein für andere Teile der Welt

Erwachsenenbildung muss nicht nur die Situation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft thematisieren sondern auch deutlich machen, dass wir in einer Welt leben, die in gemeinsamer Verantwortung zu gestalten ist. Uns muss bewusst sein, dass unser Handeln Auswirkungen auf die Menschen in anderen Teilen der Welt hat und dass deren Handeln unser Tun beeinflusst.

- *Seminare und Veranstaltungen, die das Wissen und die Sensibilität für die Lebensweisen anderer Völker und Staaten zum Thema machen und damit interkulturelles Lernen fördern, müssen gezielt unterstützt werden. Dies betrifft auch unsere unmittelbaren Nachbarn und, angesichts der Osterweiterung der EU, unsere osteuropäischen Nachbarn.*
- *Projekte, die die Beteiligung und Integration von Migranten zum Ziel haben, müssen konsequent unterstützt und gefördert werden.*

Geschlechtergleichstellung als Querschnittsaufgabe

Wir leben in einer Welt, in der der partnerschaftliche und gleichberechtigte Umgang zwischen Männern und Frauen noch lange keine Selbstverständlichkeit ist. Deshalb muss Erwachsenenbildung dieses Missverhältnis thematisieren und sowohl methodisch als auch inhaltlich an Lösungen zur Überwindung dieser Situation arbeiten. Feministische Bildungsarbeit ist auch in der Erwachsenenbildung notwendiger denn je.

Vom Wissen zum Können!

Wissensvermittlung alleine genügt nicht den Ansprüchen von Erwachsenenbildung. Erwachsenenbildung muss über das rein funktionale Lernen hinausgehen. Sie hat als wesentliche Aufgabe, die Prozesse des sozialen Lernens als Individuum und als Lerngruppe, die sich "noch anfassen kann" in den Vordergrund zu rücken. Auch spielen die Erwachsenenbildungsorganisationen eine wichtige Rolle als Foren für und Förderer von engagierten und kritischen BürgerInnen. ECOLO wird die Umsetzung des neuen Erwachsenenbildungsdekretes kritisch begleiten und gegebenenfalls so abändern, dass dies weiterhin der Fall sein kann.

- *Die Bildung von Seniorinnen und Senioren weiter fördern*
- *Initiativen und Projekte zum Thema Friedenserziehung und gewaltfreie Kommunikation sollten speziell gefördert werden.*
- *Orte für vernetzte Arbeit und Ressourcenaustausch sollten geschaffen werden.*

V - 2.

Offenheit, Mitbestimmung und Kontinuität in der Jugendpolitik

Jugendpolitik ist nur sinnvoll, wenn wir den jungen Generationen eine faire Gesellschaft, eine intakte Umwelt, reelle Zukunftsperspektiven auch auf dem Arbeitsmarkt, demokratische Spielregeln sowie eine offene, von Mitbestimmung getragene Jugendpolitik anbieten.

Das beinhaltet u.a. direkte und strukturelle Beteiligungsmöglichkeiten, eine gleichberechtigte Aus- und Weiterbildung, sowie eine aufrichtige Akzeptanz auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Kinder und Jugendliche müssen an Entscheidungen, die ihre Zukunft und ihr eigenes Leben betreffen, stärker und früher beteiligt werden, also auch in der Schule, in der Ausbildung oder im Betrieb.

ECOLO verlangt zudem eine wirkliche Kontinuität der Politik im Jugendbereich, was auch die benötigten finanziellen Mittel und klare gesetzliche Grundlagen voraussetzt.

Schwerpunkte und Vorschläge

Eingehen auf lokale Bedürfnisse und Besonderheiten

Der lokale Ansatz ist deshalb so interessant, weil so jugendliche Begeisterung vor Ort genutzt werden kann. Das verlangt aber natürlich Flexibilität und Dynamik der direkten Partner der Jugendlichen, um individuell unterstützen zu können. Hierzu werden flexible Strukturen benötigt.

- *Das Konzept der kommunalen Leistungsaufträge in der offenen Jugendarbeit sollte weiter ausgebaut und eine entsprechende gesetzliche Basis hierfür geschaffen werden.*
- *Schaffung von bedarfsgerechten Spielplätzen und Schulhöfen für Kinder und Jugendliche (z.B. Skaterbahnen)*
- *Spezielle Sprachkurse für Migrantenkinder*
- *Vorgeschaltete Initiativen zum beruflichen Einstieg, auch im Süden der DG*
- *interessensspezifische Angebote (z.B. für Mädchen, für 12-16 Jährige, für sozial Benachteiligte...)*
- *die Mobilität der Jugendlichen verbessern (z.B. bessere Busverbindungen)*

Ausbau der aufsuchenden Jugendarbeit

Trotz der Vielzahl und Vielfalt an Angeboten gerade in der offenen und organisierten Jugendarbeit können nicht alle Jugendlichen und somit auch nicht alle ihre Bedürfnisse aufgegriffen werden. Rahmenbedingungen, die in Schule, Verein, Jugendorganisation oder Jugendheim gelten, schrecken außerdem manche Jugendliche ab. Jugendliche sind immer weniger bereit, sich an Strukturen zu binden. Aufsuchende Jugendarbeit kann hier für viele Jugendliche die erwünschte Alternative bieten. Streetworker und andere lokale Jugendarbeiter können durch Unterstützung bei Projekten und punktuelle thematische Angebote auf die Vielfalt der Bedürfnisse auch von einzelnen Jugendlichen eingehen und außerdem in Bezug auf Sexual- und Drogenaufklärung wertvolle Prävention leisten.

Darüber hinaus müssen auch für Einzelne bzw. Jugendinitiativen Freiraum und Möglichkeiten zur Entfaltung geschaffen werden.

Verstärkte Unterstützung des Ehrenamtes

Es ist wichtig, einen Kompromiss zwischen Attraktivität und „Professionalität“ des Ehrenamtes zu finden. Daher sollte die Weiterbildung Ehrenamtlicher unterstützt und gefördert werden, aber es sollte in einigen Bereichen auch eine Umrahmung, Begleitung und Unterstützung durch Hauptamtliche gewährleistet sein. So könnten z.B. verantwortliche ehrenamtliche Teams aufgebaut werden, die sowohl Partizipation als auch Nachhaltigkeit garantieren. Die Rolle Hauptamtlicher könnte somit gezielt in der Koordination bestehender Aktivitäten und Angebote, in der Beratung und Förderung von Initiativen sowie in der Vernetzungsarbeit liegen.

- *Administrative Arbeit muss so gut wie möglich von den Ehrenamtlichen ferngehalten werden, bestehende Dienstleistungsangebote (wie z.B. in den Bereichen Buchführung, IT-Service, Materialausleihe, Versicherungen ...) müssen weiter ausgebaut werden.*
- *Weiterbildungsinhalte müssen sich auf die erforderlichen, teilweise recht spezifischen Kompetenzen beziehen.*
- *Erworbene Diplome müssen zertifiziert und anerkannt werden.*

Schaffung und Förderung von Beteiligungsprojekten

Die aktive Beteiligung Jugendlicher sollte so früh wie möglich gefördert werden, um eine „Beteiligungskultur“ zu schaffen. Dies kann durch Kinderbeiräte, -parlamente oder -foren geschehen, um so auch einen leichteren bzw. fließenderen Übergang in das Jugendalter zu ermöglichen. Das kontinuierliche „Nachwachsen“ muss gesichert bzw. gefördert werden.

Solche Beteiligungsprojekte fördern außerdem die Qualifizierung der Jugendlichen. Je nach Bedarf sollten „Spezialisten“ zur Verfügung stehen.

- *Noch transparentere und konsequentere Gesetze und sonstige „Spielregeln“ sollten unter direkter Beteiligung jugendlicher Verantwortungsträger entwickelt werden.*
- *Alle Initiativen, die Selbst- bzw. Mitbestimmung zur Folge haben, sollen gefördert werden.*
- *Ideen und Vorschläge zu aktuellen und brisanten Themen wie Mobilität und Konsum oder Lebensplanung und Arbeitseinstieg sollen aufgefangen und umgesetzt werden.*
- *Effektive Mitgestaltung und Entscheidungsbeteiligung muss natürlich auch konsequent in der Schule erfolgen (Bürger- bzw. Sozialkunde, Schülerräte, die Entscheidungen treffen können, Schnupperwochen, ...)*

V - 3.

Die Medien in der DG: Qualität, Unabhängigkeit, Vielfalt

Die Aufgabe der Öffentlichen Hand im Rahmen einer zielgerichteten Medienpolitik sollte darin bestehen, einen möglichst breiten Zugang zu einer pluralistischen Information zu fördern. Dies betrifft alle von der DG geförderten Medienbereiche, von der geschriebenen Presse über die Bibliotheken bis hin zur Kinoförderung.

Die öffentlich-rechtlichen Medien wie der BRF spielen hier natürlich eine zentrale Rolle, insbesondere was die Qualität und Objektivität betrifft.

Es bleibt die Frage offen, inwiefern die Aufgaben und die Zusammensetzung des Medienrates der DG überdacht werden sollten, damit dieser verstärkt ein Instrument zur Demokratisierung der Medien werden kann.

Die rasend schnelle Entwicklung der Medientechnologie, die Diversifizierung der Angebote und die Konzentrationen von Firmen und Kapital machen es erforderlich, dass die Menschen nicht nur befähigt werden, sich der Medien zu bedienen, sondern auch Hintergründe und Zusammenhänge zu verstehen und die Medien emanzipiert zu nutzen.

Schwerpunkte und Vorschläge

Der BRF: Qualität statt Quote

Als öffentlich-rechtlicher Sender nimmt der BRF einen zentralen Platz unter den Medien der DG ein. Er erfüllt eine wichtige gesellschaftliche, kulturelle und politische Aufgabe. Er trägt ganz wesentlich zur Information und Meinungsbildung der Menschen in der DG bei. Angesichts begrenzter finanzieller Mittel ist es für die weitere Entwicklung des Senders jedoch unerlässlich, eine Standortbestimmung durchzuführen. Diese umfasst 3 Bereiche.

- *Der öffentlich-rechtliche Auftrag des BRF muss neu definiert und präzisiert werden. Insbesondere sollte dieser Auftrag Qualitätsnormen (bei Unterhaltung, Information und Kulturförderung) und Schwerpunkte vorgeben, die verhindern, dass der BRF sich in einem allzu breiten Programmangebot verzettelt.*
- *Auch die Rechtsform und die Organisationsstruktur des BRF sollte angesichts der Notwendigkeit, über flexible Strukturen zu verfügen, diskutiert werden.*
- *Schließlich geht es darum, die Finanzierung des BRF den Erfordernissen des öffentlichen Auftrags und den Entwicklungen im technologischen Bereich (digitale Ausstrahlung, neue IT-Medien) in einem vertretbaren Rahmen anzupassen und abzusichern.*

Ein Konzept für die Medienerziehung

Informationen dekodieren, Bilder lesen, verstehen, wie die Medien funktionieren, wie sie finanziert werden, wie Informationen ausgesucht werden, lernen, Kritik an den Medien zu üben,... dies sind Kompetenzen, deren Aneignung in der Konfrontation mit einem immer größer und scheinbar vielfältiger werdenden Medienangebot immer wichtiger werden. Eine aktive und kritische Auseinandersetzung mit den Medien

erfordert eine emanzipatorische Medienerziehung, praktisch vom Kindergarten bis zur Erwachsenen- und Seniorenbildung.

Entscheidend bei der Vermittlung von Medienkompetenz ist die Bekämpfung von Mediensucht. Kinder und Jugendliche lernen heute zwar schon sehr früh, Mediengeräte zu bedienen. Dieser technischen Kompetenz steht in vielen Fällen aber keine ausreichende Kompetenz im kritischen, selbstbestimmten Umgang mit Medien gegenüber.

Bei den Erwachsenen ist es so, dass sie sich oft nicht des möglichen Schadens bewusst sind, der durch den exzessiven Konsum bestimmter Medienformen ausgelöst wird. Und Eltern oder Erziehungsberechtigten fehlt mitunter die Fähigkeit oder der Wille, dem Medienkonsum von Kindern und Jugendlichen Grenzen zu setzen.

- *Die Vermittlung von Medienkompetenz muss entscheidend gesteigert werden.*
- *Damit ein effizientes Angebot unterbreitet werden kann, bei dem möglichst viele Menschen aller Altersklassen erreicht werden, ist es notwendig, ein Konzept zur Medienerziehung in der DG zu erstellen.*
- *Das Medienzentrum der DG sollte verstärkt eine Koordinierungsaufgabe, speziell medienpädagogischer Initiativen wahrnehmen.*

V - 4.

Sport für alle, Sport für eine bessere Gesundheit

Der Sport erfüllt unterschiedliche Funktionen. Er ist nicht nur eine sinnvolle und angenehme Freizeitbeschäftigung für die Sporttreibenden, er erfüllt auch wichtige erzieherische und soziale Aufgaben. Der Sport leistet einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorbeugung, schafft einen Ausgleich zu Schule und Beruf und dient der persönlichen Entfaltung. Sportliche Betätigung sollte selbstverständlich im Einklang mit Mensch und Natur stehen.

Die DG sollte ihre Fördermittel vorrangig einsetzen um den positiven Einfluss sportlicher Aktivitäten auf die Gesellschaft zu fördern.

Schwerpunkte und Vorschläge

Sport in der Schule fördern

Der Schulsport bietet den Vorteil, dass Kinder möglichst früh und ungeachtet ihres sozialen Umfeldes und der familiären Einstellung zu sportlicher Betätigung motiviert werden können.

Bewegung und Sport in der Schule haben einen positiven Einfluss auf das Lernverhalten und schaffen ein Gleichgewicht zwischen intellektueller Erziehung und physischer Entwicklung.

- *Der Schulsport sollte zunächst die allgemeine körperliche Bewegung fördern und eine möglichst große Vielzahl unterschiedlicher Disziplinen umfassen. Dies im Gegensatz zu einer oft allzu frühen Spezialisierung und reinem Wettkampfdenken.*
- *Die Rahmenbedingungen in der Schule müssen angepasst werden (z.B. Stundenplan, Infrastruktur).*
- *Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen soll entsprechend dem vom Sportrat der DG erstellten Konzept weiter ausgebaut werden.*

Breitensport zuerst

Für ECOLO gilt es, den Breitensport und die sportliche oder körperliche Betätigung von kleinen Kindern, Frauen, sozial benachteiligten Gruppen und Senioren verstärkt zu fördern. Der Gesundheits- und der soziale Aspekt stehen auch hier im Mittelpunkt. Jeder soll und muss die Möglichkeit haben, Sport nach seinen Neigungen, seiner Begabung und Motivation zu betreiben.

- *Zu diesem Zweck sollen spezielle Programme für die einzelnen Zielgruppen erstellt bzw. die bestehenden ausgebaut werden.*
- *Die Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Jugendeinrichtungen, Erwachsenenbildungsorganisationen ist anzustreben.*
- *Ein pädagogisches Projekt und qualifiziertes Personal ist unerlässlich.*

Gesundheit durch Sport

Der Sport erhält und stärkt die Gesundheit, wenn er in angemessenem Umfang, entsprechend den Fähigkeiten und Bedürfnissen des Sportlers und mit der notwendigen Begleitung ausgeübt wird. Die bisherigen „Nicht-Sportler“ sollen verstärkt über die positiven Auswirkungen informiert und motiviert werden. Den Sportlern hingegen müssen die Risiken der sportlichen Praxis verdeutlicht werden, um gesundheitliche Schäden durch unangepasste sportliche Betätigung zu vermeiden. Den Kampf gegen Doping gilt es auch in der DG und in Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinschaften sowie entsprechenden internationalen Abkommen und Regeln konsequent zu führen.

Qualifizierte Übungsleiter und Trainer

Die Qualifizierung der Trainer, Übungsleiter und Betreuer ist nicht nur eine Grundvoraussetzung für den sportlichen Erfolg, sondern auch für die Gesundheitsvorbeugung und das soziale Verhalten der Akteure.

- *Die Vereine sollten deshalb zusätzlich motiviert und unterstützt werden, die Betreuung der Mannschaften, Gruppen oder Individualsportler qualifizierten Personen anzuvertrauen.*

V - 5.

Sensibilisierung für den Denkmalschutz

Die Bereiche Archäologie, Denkmal- und Landschaftsschutz bieten wichtige Gestaltungsmöglichkeiten für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Heute bestreitet niemand mehr, dass markante Landschaften und architektonische Zeugnisse unserer Vergangenheit aufgewertet und geschützt werden müssen.

Die Sensibilität für den Landschafts- und den Denkmalschutz soll gefördert und Maßnahmen ergriffen werden, die das Bewusstsein der Menschen für ihre Wurzeln, ihre Geschichte stärken und somit letztlich zur Identitätsbildung und zum Selbstbewusstsein der Menschen beitragen.

Die von ECOLO angestoßene Dynamik zur Entwicklung des ländlichen Raumes eignet sich hervorragend, um die Bürgerinnen und Bürger für den Denkmal- und Landschaftsschutz sowie für die Archäologie zu begeistern. Diese Erkenntnis wird ECOLO auch in der kommenden Legislatur nutzen, um dem Denkmal- und Landschaftsschutz sowie der Archäologie in der DG einen angemessenen Stellenwert zu geben.

Schwerpunkte und Vorschläge

Ein Abkommen mit der Wallonischen Region

Zwar hat das PDG ein Dekret über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen verabschiedet. Doch leider fehlt bisher ein Abkommen mit der Wallonischen Region. Dies führt dazu, dass bei Bauanträgen für Arbeiten an denkmalgeschützten Objekten, zwei unterschiedliche Genehmigungsprozeduren zu durchlaufen sind: eine bei der Wallonischen Region und eine bei der DG. Diese zweigleisige Genehmigungsprozedur führt bei der Bevölkerung zu einer großen Verunsicherung und zu einem Unverständnis für verwaltungstechnische Abläufe und Entscheidungen. Außerdem können hierdurch unüberbrückbare Probleme entstehen.

- *Zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und der Wallonischen Region muss schnellstmöglich ein Kooperationsabkommen erarbeitet werden, durch das bei Bauanträgen, die denkmalgeschützte Objekte betreffen, nur eine einzige gemeinsame Genehmigungsprozedur durchlaufen werden muss.*

Finanzierungssystem für denkmalgeschützte Gebäude

ECOLO will die Frage der Bezuschussung von Arbeiten an denkmalgeschützten Gebäuden zur Tagesordnung bringen.

Hier geht es um zwei Aspekte. Zunächst ist die Frage zu stellen, welche Arbeiten bezuschusst werden.

Sollen es nur denkmalbedingte Mehraufwendungen sein, solche Kosten also, die allein oder überwiegend aus Gründen der Denkmalpflege erforderlich werden? Oder sollen alle Kosten bezuschusst werden? Soll der laufende Unterhalt förderungsfähig

bleiben oder nur solche Kosten bezuschusst werden, die bedingt durch denkmalpflegerische Auflagen den üblichen Erhaltungsaufwand übersteigen? Dann geht es um die Frage der sozialen Differenzierung. Für ECOLO sollen nicht alle Eigentümer gleich behandelt werden. Auch im Denkmalschutz müssen soziale Akzente gesetzt werden und die Bezuschussung von denkmalpflegerischen Maßnahmen nach Einkommenslage der Eigentümer gestaffelt werden. Die öffentliche Hand muss gerade den Menschen mehr unter die Arme greifen, die wohl die größten finanziellen Schwierigkeiten haben, ihr denkmalgeschütztes Eigentum zu pflegen und zu unterhalten.

- *Personen mit einem geringeren Einkommen sollten eine höhere Bezuschussung erhalten, um ihr denkmalgeschütztes Gut zu unterhalten.*

Datenbank mit kartographischer Darstellung

Die Erfassung unserer geschützten Denkmäler und Landschaften in einer Datenbank und die Verbindung dieser Datenbank mit dem neu erarbeiteten elektronischen Kartenmaterial der Wallonischen Region werden für die Arbeit der Königlichen Denkmal- und Landschaftsschutzkommission (KDLK) und für die Information der BürgerInnen eine wesentliche Verbesserung sein.

- *ECOLO unterstützt nachdrücklich den Einsatz dieser neuen Möglichkeiten*

V - 6.

Zugang zur Kultur für alle

Im weitesten Sinne ist das, was der Mensch der Natur hinzufügt, Kultur. Natur bezeichnet das, was dem Menschen angeboren ist. Kultur umfasst all das, was seine Entstehung dem bewussten Eingreifen des Menschen verdankt. Kultur, das sind sowohl die Schätze aus der Vergangenheit, unsere Wurzeln, als auch unser tägliches Leben, unsere Kreationen und Zukunftsvisionen. Kultur ist Ausdruck unserer Identität und daher schützens- und pflegenswert.

Gegenstand der Kulturpolitik sind in erster Linie deren „vorzeigbare Ausdrucksformen“: Musik, Theater, Tanz, darstellende Kunst, Museen, Literatur, usw. Das Interesse und Verständnis hierfür und Kreativität allgemein sollte bereits im Kindesalter geweckt und gefördert werden.

Kulturpolitik muss den Rahmen für kulturelle Aktivitäten und kreative Betätigungen schaffen, ohne dabei die „Volkskunst“ aus den Augen zu verlieren oder zu vernachlässigen.

Kulturpolitik muss die persönliche Entwicklung der einzelnen Menschen, aber auch die Verbesserung des sozialen Zusammenlebens zum Ziel haben.

ECOLO ist der Ansicht, dass der Zugang zur Kultur ein Recht für alle ist, das von der Gesellschaft gefördert werden muss.

Schwerpunkte und Vorschläge

Kulturelles Schaffen für alle möglich machen, den Zugang zur Kultur für alle erleichtern

In wirtschaftlich angespannten Zeiten gerät auch der Kulturbereich in doppelter Hinsicht unter Druck.

Die öffentlichen Mittel werden bisweilen in Frage gestellt und auch den Menschen, insbesondere mit niedrigerem Einkommen, Arbeitslosen oder Sozialhilfeempfängern wird der Zugang zum kulturellen Leben erschwert oder gar unmöglich gemacht. Dies kann auch zu negativen sozialen Auswirkungen für die betroffenen Personen und Familien und zu sozialem Rückzug führen.

ECOLO möchte deshalb den Zugang aller Menschen zum kulturellen Leben erleichtern. Dies geschieht natürlich am besten durch eine Verbesserung der finanziellen Situation dieser Menschen.

- *Gemeinsam mit den ÖSHZ soll eine Auswertung der föderalen Maßnahme stattfinden, wonach seit 2003 den ÖSHZ Finanzen zur Förderung des Zugangs zur Kultur für alle zukommen.*
- *Es soll untersucht werden, ob Projekte wie „Artikel 27“ (bezieht sich auf Artikel 27 der Menschenrechte, der u.a. den Zugang aller Menschen zur Kultur verlangt), die in der Französischen Gemeinschaft und Brüssel sehr erfolgreich gegen den kulturellen Ausschluss eingesetzt werden, auf die DG zu übertragen sind.*

- *Der Zugang zu Ausstellungen und Museen sollte an einem Nachmittag pro Woche frei sein. Kinder unter 16 sollten in Begleitung ihrer Eltern freien Zugang haben.*

Förderung von Nachwuchstalenten

Die Kultur- und Kunstförderung orientiert sich, insbesondere was die finanzielle Förderung betrifft, sehr oft immer noch an den klassischen Ausdrucksformen. Auch neue Initiativen ohne große Lobby, die oft durch materielle Schwierigkeiten im Keim erstickt werden, sollten durch die Gemeinschaft gefördert werden. Die DG hat in den vergangenen Jahren punktuell auch jungen Kulturschaffenden und jungen Künstlern mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Diese Förderung muss in Zukunft weiter ausgebaut werden.

- *Insbesondere gilt es, bei der Bezuschussung der Kulturträger und Kulturveranstalter den Schwerpunkt auf die Förderung von jungen Kulturschaffenden und Künstlern aus der DG zu legen.*
- *ECOLO legt zudem Wert auf die Anerkennung fremder Kulturen. Sie tolerieren und schätzen bereichert die eigene Kultur und trägt zum gegenseitigen Verständnis, zum respektvollen Umgang miteinander und letztlich auch zum Frieden bei.*

Die Arbeit der Kulturträger mittelfristig absichern

Die Anerkennung und Bezuschussung von Kulturorganisationen und Kulturveranstaltern wird durch jährliche Konventionen zwischen Regierung und den Kulturträgern geregelt. Diese transparentere Regelung muss jedoch weiter ausgebaut und ergänzt werden. Dies betrifft u. a. das Statut des Personals. Eine Kulturpolitik, die Professionalität und Planungssicherheit beinhaltet, muss eine Festigung der Strukturen und mittelfristige Absicherung der Finanzierung berücksichtigen. Dies betrifft in erster Linie Chudoscnik Sunergia, das Kulturelle Komitee Eupen, das IKOB, Irene K, Agora, Ostbelgien-Festival, das Volksbildungswerk St. Vith und den Krautgarten.

- *Die leitenden Stellen in den Kulturorganisationen und Kulturveranstaltern müssen strukturell verankert werden.*
- *ABM-Personal, dem aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen auch in Zukunft und auch im Kulturbereich eine wichtige Aufgabe zukommt, darf nicht den strukturell benötigten Personalbedarf abdecken.*

Raum für kulturelle Entfaltung

Für die beiden großen Kulturinfrastrukturen in St. Vith und Eupen sind ein durchdachtes Nutzungskonzept, nachhaltige Umgestaltungsmaßnahmen und eine genaue Berechnung und Eingrenzung der Folgekosten für die Akzeptanz von entscheidender Bedeutung. Auf jeden Fall müssen die anderen Gemeinden in die beiden regionalen Kulturzentren einbezogen werden. Auch sind Partner auf wallonischer, euregionaler bzw. europäischer Ebene nach Möglichkeit in die Projekte einzubeziehen.

VI

Die Autonomie entwickeln: demokratisch, offen, abgesichert

Einleitung

Für das Funktionieren und die Gestaltung der Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft gelten für ECOLO die gleichen Grundprinzipien, die uns auch in anderen Politikbereichen von Bedeutung sind.

Demokratisches Handeln ist für uns wichtig. Daher bietet gerade eine so kleine Gemeinschaft, wie die unsere, Gelegenheit, zusätzlich zu den üblichen Wahlen, demokratische Mechanismen einzubauen, die eine direktere Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz in den Entscheidungen ermöglichen.

Die Chance der kurzen Wege darf jedoch nicht dazu führen, dass Personen bevorzugt werden, nur weil sie den besseren Draht oder die richtige Karte haben.

ECOLO möchte daher neue Dialog- und Entscheidungsformen einführen. Anfänge wurden in den vergangenen Jahren gemacht. Diese gilt es nun zu strukturieren und zu festigen.

ECOLO steht auch für eine offene, nicht auf Nabelschau versessene Gemeinschaft, in der Bürger/innen und Politiker/innen wissen und einschätzen können, was um sie herum geschieht: in der Euregio, in Belgien, in Europa, in der Welt.

Mit dieser Umsichtigkeit sollte man unseres Erachtens auch an die ständig diskutierte Frage des Umfangs der Autonomie für die Deutschsprachige Gemeinschaft heran gehen.

Gleichzeitig sehen wir die Deutschsprachige Gemeinschaft aber auch als gleichberechtigte Partnerin der anderen Gemeinschaften und Regionen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die DG intensiv mit ihren in- und ausländischen Nachbarn kooperiert. Nur so kann sie bestehen und ihre Aufgaben meistern.

VI - 1.

Die Demokratie durch Bürgerbeteiligung stärken

Für ECOLO bleibt die aktive Einbeziehung der Betroffenen in die Entscheidungsprozesse ein wichtiges transversales Ziel. Die Veränderungen in der Gesellschaft haben dazu geführt, dass die traditionellen, institutionalisierten Dialogformen und -orte, die organisierte Vertretung der Bevölkerung und die beratenden Gremien (VER, RDJ, Sportrat ...) nicht mehr den Ansprüchen und Erwartungen eines Großteils der Bürger/innen entsprechen. Es ist deshalb für die Stärkung des demokratischen Systems wichtig, neue Formen und Orte des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft und Politik zu finden.

Schwerpunkte und Vorschläge

Ombudsdienst

In der Gemeinschaft fehlt zurzeit eine unabhängige Anlaufstelle für die Personen, die mit Entscheidungen der Verwaltung der Gemeinschaft oder ihr nahe stehenden Einrichtungen Schwierigkeiten haben. Diese Funktion beinhaltet eine Mediationsaufgabe zwischen Bürger/innen und Verwaltung, sowie die aktive Organisation von Partizipationsprozessen. Vor Juni 2009 soll deshalb beim Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Funktion einer/s Beauftragten für Bürger/inneninteressen eingerichtet werden.

- *Dieser Ombudsdienst muss mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden, damit er seinen Aufgaben gerecht werden kann.*
- *Die Gemeinden des Gebietes deutscher Sprache sollten sich diesem Dienst anschließen.*

Dialog mit den Gemeinden

Die Gemeinden des Gebietes deutscher Sprache sind wichtige Partner der Gemeinschaft, sei es im Infrastrukturbereich oder bei der konkreten Ausgestaltung bestimmter Politikbereiche. Deshalb muss der Dialog mit den Gemeinden weitergeführt und ausgebaut werden. Dabei ist von Bedeutung, diesen Dialog transparent zu gestalten und dass alle politischen Kräfte aus Gemeinschaft (nicht nur die Regierung) und Gemeinden (nicht nur die Gemeindegremien, d.h. die Mehrheiten) sich an diesem Dialog beteiligen können.

Die Gemeinschaft als Labor für neue Dialogformen

Die Gemeinschaft ist angesichts ihrer geringen Größe ein ideales Experimentierfeld für neue Formen des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft und Politik. Experimente wie die Zukunftskonferenz, Open Space oder auch Strategiewerkstatt zeigen, dass die Bevölkerung große Erwartungen in diese Suche nach neuen Dialogformen setzt. Deshalb muss die Gemeinschaft weiterhin dieses Experimentierfeld für neue Formen und Strukturen des Dialogs bieten.

- *Einführung des Bürgerbeteiligungshaushalts auf Ebene der Gemeinschaft*

Ein Pakt zwischen Politik und organisierter Zivilgesellschaft

In letzter Zeit musste vermehrt festgestellt werden, dass Regierung und Verwaltung immer öfter in die Organisationsstruktur der Vereinigungen eingreifen wollen, dass sie immer öfter regeln wollen, nicht nur was eine Vereinigung zu tun hat, sondern sogar, wie sich eine Vereinigung zu organisieren hat. Dadurch fühlen Vereinigungen sich zu Recht zunehmend instrumentalisiert und vereinnahmt.

ECOLO will eine Praxis des offenen Dialogs zwischen gleichberechtigten Partnern, der Regierung und dem Ministerium einerseits und den Vereinigungen andererseits.

Regierung und Ministerium sind zwar Aufsichtsstelle, Impulsgeber, Koordinator oder auch Begleiter der Initiativen des Terrains, aber das Ministerium als direkter Akteur auf dem Terrain sollte eine Ausnahme bleiben.

- *ECOLO fordert die Erarbeitung eines Paktes zwischen der Regierung und den Vereinigungen, der die Rechte und die Pflichten beider Parteien genau festlegt und der insbesondere die Autonomie der Vereinigungen bei der internen Funktionsweise, der Organisationsstruktur und der Personalpolitik garantiert.*

Schaffung eines offenen ständigen Bürgerforums beim PDG

Das Parlament ist der ideale Ort, um ein ständiges Bürgerforum einzurichten. Ein Ort, an dem regelmäßig Begegnung und Austausch zwischen politischen Mandatar/innen und Bürger/innen stattfinden können.

- *Ein Bürgerforum wird gemeinsam von den politischen Mandatar/innen und interessierten Bürger/innen organisiert und strukturiert.*

VI - 2.

Die Finanzen der DG: gesünder und strukturell gesichert

Die Finanzierungsgrundlage der DG ist seit der letzten Refinanzierung strukturell erheblich verbessert worden. Mittelfristig werden vom Föderalstaat Jahr für Jahr über 10 Millionen Euro mehr fließen. Dadurch wurden bereits substanzielle Mittel für mehrere Schwerpunkte frei gesetzt, so etwa für die strukturelle Anpassung der Gehälter im soziokulturellen Sektor und im Unterrichtswesen sowie für Infrastrukturprojekte im Bereich der Krankenhäuser, der Altenpflegeheime und der Schulbauten.

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzlage mahnt jedoch zur Vorsicht. Die bisherigen Simulationstabellen müssen angepasst und die bisher geplanten Investitionen auf ihre Machbarkeit überprüft werden.

Schwerpunkte und Vorschläge

Die Refinanzierung nutzen

Die zusätzlichen finanziellen Spielräume müssen dazu dienen

- *Den strukturellen Ausbau folgender Aktionsfelder zu ermöglichen: Bildung bzw. Unterrichtswesen, Antworten auf die demographische Entwicklung, Nachhaltigkeit, Vorbeugung in allen Politikbereichen der DG, Kulturpolitik.*
- *Zur Erläuterung sei gesagt, dass die demographische Entwicklung gleichzeitig die Pflege und Versorgung der älteren Generation und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Herausforderung machen wird. Im Bereich der Bildung gilt es, das Schulversagen zu verringern und ungerechtfertigte Bildungsklüfte zwischen den Schulen und zwischen den Orientierungen abzubauen.*
- *Dieser Ausbau entbindet natürlich nicht davon, dass in der DG in allen Bereichen mit einem ausgeprägten Kostenbewusstsein gehandelt werden muss.*

Weitere Refinanzierungsmöglichkeiten

Neben der Übernahme der Provinzbefugnisse und den daran gekoppelten Geldmitteln ist es notwendig, die Regierung und die Abgeordneten der Wallonischen Region davon zu überzeugen, dass - genau wie die Wallonische Region gewisse frankophone Gemeinschaftsangelegenheiten finanziert - die Wallonische Region eine entsprechende Finanzierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft (ohne Befugnisübertragung) übernehmen muss, also die gleiche Solidarität walten lässt.

Auch muss die DG sich dafür einsetzen, dass der Mehrwertsteuersatz auf Schulbauten sowie auf Infrastrukturarbeiten im Sozial- und Gesundheitsbereich entscheidend gesenkt wird.

VI - 3.

Den Platz der Gemeinschaft im föderalen Belgien festigen

Im Rahmen der Föderalisierung Belgiens ist es wichtig, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft mit den anderen Gliedstaaten gleichgestellt bleibt. Sollte der eingeschlagene Weg von einem zweigliedrigen (Gemeinschaften und Regionen) zu einem eingliedrigen Föderalstaat führen, so muss die Deutschsprachige Gemeinschaft ein gleichwertiger Bestandteil dieses Föderalstaates bleiben.

Schwerpunkte und Vorschläge

Wir brauchen keine Provinz!

Für ECOLO-OSTBELGIEN ist es sinnvoll, dass die DG auf Dauer ein provinzloses Statut erhält, vergleichbar mit dem Statut der Region Brüssel-Hauptstadt. Ein provinzloses Statut, wie es für die Region Brüssel-Hauptstadt gilt, ist sicherlich auch vom Gefüge unseres Staates her die verständlichere Lösung für die neun deutschsprachigen Gemeinden.

Durch die Staatsreform wurden Gebietskörperschaften wie die Gemeinschaften und Regionen geschaffen, die insbesondere für die Deutschsprachigen viele Entscheidungsebenen näher brachten. Paradoxiertweise wurden die Provinzen integral beibehalten. Die Provinz Lüttich müsste seitdem eigentlich als dezentralisierte Einheit im Namen der DG agieren. Dies widerspricht jeglicher Logik der Bürgernähe und Effizienz.

Hier muss für ECOLO ein Prinzip zum Tragen kommen, das wir "aktive Subsidiarität" nennen. Dieser Grundsatz beinhaltet das Ziel, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Körperschaften zu klären, um für die Bürger/innen effizienter und solidarischer handeln zu können. Befugnisse sollen so nah wie möglich am/an der Bürger/in angesiedelt sein. Die DG muss immer wieder nachweisen, dass sie das bestmögliche Ergebnis erzielt und ihre Ziele und Handlungsweisen mit allen Beteiligten (Organisationen der Zivilgesellschaft) und Betroffenen (die BürgerInnen) überprüfen.

In diesem Sinne würde die Übernahme von Provinzbefugnissen durch die DG für ECOLO-OSTBELGIEN folgendes beinhalten:

- *Die Stelle des beigeordneten Bezirkskommissars in Malmedy würde neu definiert.*
- *Eine Weiterführung durch den PDG der von Provinzialrat und Permanentdeputation auf eigene Initiative hin ausgeübten Tätigkeiten: die allermeisten dieser Bereiche und der damit verbundenen Aktivitäten sind bereits im Zuständigkeitsbereich der DG (Tourismus, Unterricht, Gesundheitsfürsorge,...). Hier sind die bisherigen Aktivitäten der Provinz Lüttich nicht sehr sinnvoll.*
- *Die Übernahme der gesetzlich festgelegten Befugnisse des Provinzialrates durch den PDG*

- Die Aufgaben der Permanentdeputation als Aufsichtsbehörde würde die Regierung der DG übernehmen. Geschehen sollte dies allerdings unter der demokratischen Kontrolle des PDG. In Sachen Transparenz wäre dies auf jeden Fall ein großer Fortschritt.
- Die Finanzierung bei der Übertragung der Provinzbefugnisse sicherstellen. Um alle Befugnisse korrekt wahrnehmen zu können, müsste die DG eigentlich eine Steuerhoheit im gleichen Maße wie die wallonischen Provinzen erhalten, es sei denn, eine spezielle Übertragung von Steuermitteln könnte mit der Wallonischen Region ausgehandelt werden. Die Übernahme der Provinzbefugnisse durch die DG wäre natürlich kein Selbstzweck. Der Nutzen liegt in einer klareren Situation für die BürgerInnen und Organisationen, um Projekte zu organisieren, und Zuschüsse zu erhalten.

Weitere Befugnisübernahmen von der wallonischen Region?

Es ist nicht sinnvoll, dass die DG sich aus Eigeninitiative zu einer kompletten „Gemeinschafts-Region“ entwickelt und zusätzlich zu den Gemeinschaftszuständigkeiten auch alle Befugnisse der Wallonischen Region einfordert.

Sie sollte sich einer solchen Entwicklung nur stellen, falls dies die Folge einer allgemeinen Staatsreform wäre bzw. falls institutionelle Entwicklungen auf intrafrankophoner Ebene einen solchen Schritt unumgänglich machen würden.

Zusätzliche Befugnisübertragungen von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft sollten in den Augen von ECOLO solche sein, durch die bei einer Übertragung an die Deutschsprachige Gemeinschaft, das Ziel einer eigenständigen, nachhaltigen Regionalentwicklung besser angepeilt werden kann und enge Verknüpfungen mit Gemeinschaftsbefugnissen bestehen.

Vorausgesetzt, die DG verfügt über genug personelle und finanzielle Ressourcen, ist für ECOLO die mittelfristige Übernahme der Zuständigkeiten Raumordnung und Wohnungsbau sinnvoll, wobei gerade für den Wohnungsbau auch fiskale Zuständigkeiten übertragen werden müssen.

Kooperation ist lebensnotwendig

ECOLO-Ostbelgien ist von der Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden (sowohl Landes- als auch Sprachgrenzen) Ausrichtung der Gemeinschaftspolitik überzeugt. Viele Zuständigkeiten zu haben, ist keine Garantie für gelebte Autonomie: ein gutes Abkommen mit einem Nachbarn erbringt oftmals der Bevölkerung eine bessere Dienstleistung als Eigenbrötlerei. Auch die Kooperation mit der Wallonischen Region gehört dazu. Es ist notwendig, die Beziehungen zwischen der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft so zu gestalten, dass die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Parlamenten der Wallonischen Region und der Deutschsprachigen Gemeinschaft intensiviert werden kann. Dies einfach aus dem Grund, dass Gemeinschafts- und Regionalangelegenheiten sehr oft komplementär sind und weil es erforderlich ist, dass ineinander greifende Gemeinschafts- und Regionalpolitiken einander unterstützen statt sich zu behindern.

Nicht nur in der Zusammenarbeit mit der Wallonischen Region sollten wir unsere „Laborsituation“ nutzen, um ein interessanter Partner zu sein. Auch in der Euregio-Maas-Rhein und in der Großregion ist dies eine Chance.

- *Interregionaler Austausch und Kooperation in allen sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Belangen muss Priorität ostbelgischer Politik sein.*
- *Die DG als vollwertiger fünfter Partner der Euregio, der sich weiter und verstärkt dafür einsetzt, die Strukturen der Euregio transparenter, demokratischer und effizienter zu gestalten.*
- *Die Chancen der euregionalen Zusammenarbeit in der Großregion verstärkt nutzen.*

VI - 4.

Die Raumordnung nachhaltig gestalten

Die Raumordnung ist ein wichtiges Instrument der Nachhaltigen Entwicklung. Hier muss vor allen Dingen darauf geachtet werden, dass neben dem Abbau bürokratischer Hürden, der Aspekt einer nachhaltigen Raumordnung Berücksichtigung findet. Wir sind der Meinung, dass die Übertragung der Zuständigkeiten im Bereich Raumordnung nur dann einen Mehrwert für die Bevölkerung darstellt, wenn die politischen und gesellschaftlichen Kräfte in der DG bereit sind, die generellen Ziele und grundlegenden Strategien einer nachhaltigen Raumentwicklungspolitik auch wirklich umzusetzen. Das bedeutet u.a. einen sparsameren Umgang mit der noch vorhandenen Fläche, ein Stopp der Zersiedlung unserer Landschaft und hohe Anforderungen an Energiestandards. Auch muss dringend verhindert werden, dass in unserer kleinen Gemeinschaft Interessenskonflikte geschaffen werden, wie beispielsweise bei der Ausweisung von Gewerbeflächen. Raumordnungspolitik betrifft viele Bereiche unseres alltäglichen Lebens. Raumordnung spielt eine zentrale Rolle bei der Mobilitätspolitik, bei der Energie- und Grundversorgung, bei der Energiepolitik, der Wirtschaftspolitik... bis hin zum Tourismus.

Schwerpunkte und Vorschläge

Umgang mit der vorhandenen Fläche

Die Bautätigkeit übt einen enormen Druck auf die noch vorhandenen Freiflächen aus. Dies hat einen unmittelbaren Einfluss auf Landschaft und Artenvielfalt. Bei den Parzellierungsprojekten stellt vielfach die Frage nach der Qualität der Gebiete, die oftmals nicht mehr sind als ein Nebeneinander von Grundstücken.

Wir brauchen neue Ansätze für qualitativ hochwertige und ökologisch interessante Wohngebiete.

Ein Ansatz ist hier das Ausgleichsflächensystem. Hierbei hat jede freie Baufläche einen zuvor definierten ökologischen Wert, der auch nach der Bebauung wieder erreicht werden muss, was dazu führt, dass gezielt auf den Umgang mit Regenwasser, Bepflanzungen und mit öffentlichen Freiflächen geachtet wird.

Strukturelle Ausrichtung der Raumordnung

Wir brauchen eine ganzheitliche Planung mit Leitlinien für die gesamte Region, die allerdings den raumordnerischen und strukturellen Unterschieden zwischen dem Norden und dem Süden der DG, sowie den raumordnerischen Anknüpfungspunkten mit den benachbarten Gebieten, der Wallonischen Region, dem Großherzogtum Luxemburg, Deutschland und den Niederlanden, Rechnung tragen muss.

- *Neue Bebauungsflächen sollten vorzugsweise an bestehende Infrastrukturen angeschlossen und nicht völlig neu geschaffen werden. Hierbei gilt es nicht nur, die Anbindung an ein Straßennetz zu berücksichtigen, sondern auch die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr oder die Nähe von Infrastrukturen zu bedenken.*

- Die Orientierung der Parzellen muss energetischen Kriterien Rechnung tragen.
- Innerhalb der Siedlungs- und Gewerbegebiete müssen Flächen für die Versickerung, die Rückhaltung und die gedrosselte Ableitung von Regenwasser vorgesehen werden.
- Die Ausdehnung von Dörfern in Spinnenform entlang der Hauptverkehrsachsen ist zu stoppen und die Dörfer, um das eigentliche Zentrum herum in Kreisform zu erweitern. Einrichtung eines Kompensationsfonds, wenn im Gegenzug Flächen erschlossen würden, die bis dato noch kein Bauland waren. Denkbar ist auch, dass gezielt das Ansiedeln oder das Renovieren in den Ortskernen gefördert wird.
- Anreize schaffen, um große Häuser, die aufgrund der demographischen Entwicklung nur noch durch eine einzige Person bewohnt werden, in Mehrfamilienhäuser umgestaltet werden können. Oder so genannte „Wohnungstauschprogramme“ zu fördern.
- Bei der Verwendung von Materialien muss mehr Wert auf einheimische Rohstoffe und energiesparende Materialien gelegt werden.
- Anforderungen an den Dämmstandard: Passivhausbauweise für Neubauten, Niedrigenergiestandard bei Sanierung.

Gewerbeflächen

Ein wichtiger Ansatz bei der Frage nach dem Bedarf an Gewerbeflächen ist die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und die Schaffung eines Gewerbeflächenfonds. Über diesen Fonds werden die Festlegung im Planungswesen sowie die Umsetzung von Gewerbeflächen finanziert. Der finanzielle Ertrag der Vermarktung dieser Gewerbeflächen würde dann diesen Fonds speisen und allen Gemeinden zugute kommen. Somit könnte die Standortfrage optimiert und die Gewerbeflächen konzentriert werden.

- Schaffung von überregionalen Gewerbeflächen, die vorrangig an die Hauptverkehrsachsen angebunden sind und auch durch ÖPNV-Mittel leicht erreichbar sind. Hier sollten die großen Betriebe angesiedelt werden. In den Dörfern könnten eher lokale Zonen geschaffen werden bzw. gewisse Aktivitäten sich auch im Dorfzentrum wiederfinden. Denkbar ist auch, dass stillgelegte Höfe für Handwerksbetriebe zur Verfügung gestellt werden.
- Bei der Ausgestaltung von Gewerbeflächen sind planerische Ansätze zu verfolgen, wie beispielsweise der Umgang mit Regenwasser, die Vermeidung von großflächigen Versiegelungen, energetische Aspekte, die Architektur und der Flächenbedarf der Gebäude, die Schaffung von Synergien zwischen den einzelnen Standorten und Betrieben.